

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentral-Verband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Versus-Anzeigen
für die dreigepaltene Petitionsteile oder deren Raum 30 A.

Die Mai-Idee.

Wir fordern nicht nur den Achtundzestag.
Der kommen wird, wann er auch kommen mag,
ob willig eintrifft, ob großlos uns beschienet;
Nein, von Millionen drauß am ersten Mai
empor zum Himmel unserer Schicksal's Schreit
nach Völkerrfreiheit und nach Völkerrfrieden.

Das ist das tiefinnerste Wesen unsrer Maifeier, daß sie die nützlichste Forderung nach geselllichem Arbeiterschutz, nach Verkürzung der Arbeitszeit, um die wir tagtäglich ringen, und die wir in zähem Kampfe Stück für Stück verwirklichen, mit der Forderung und Betonung einer weltumspannenden Völkersolidarität, die ihre Verwirklichung erst in einer ferneren Zukunft finden wird, verbindet. In diesem Geiste gesehen verkörpert die Mai-Idee das Ganze des proletarischen Strebens. Sie verbindet den Gegenwartskampf mit den Idealen der Zukunft; das allerpersönlichste Interesse des einzelnen Arbeiters mit den Interessen der ganzen Kulturmenschenheit.

Dieser gewaltige Inhalt der Mai-Idee bewirkt es, daß alle proletarisch empfindenden Herzen bei dem Gedanken daran höher schlagen; daß Jahr für Jahr die kämpferische Begeisterung in unsren Reihen emporlodert, wenn es heißt, der Mai-Idee und unsrer Eingebung für sie innigsten Ausdruck zu geben. Da ist kein Unterschied zwischen den Befürwortern der Arbeitsruhe und jenen, die diese Form der Maifeier als nicht mehr übereinstimmend mit den Bedürfnissen der kämpfenden Arbeiterschaft betrachten. Wie könnte es auch anders sein? Sind nicht die Maiforderungen der Ausdruck der aus dem festen Boden unsrer Klasseninteressen hervorquellenden Gefühle? Ist nicht die ganze Tätigkeit der kämpfenden Arbeiterschaft und ihrer Organe darauf gerichtet, diese Forderungen so allgemein und so schnell durchzusetzen, wie es nur möglich ist! Und muß man darum nicht jede Gelegenheit freudig begrüßen, wo diese Forderungen wieder einmal der Masse der Arbeiterschaft einbringlich vorgeführt werden können, als es sonst die Hast des Tageskampfes zuläßt!

Wie ist es doch gerade in der Gegenwart nötig, den Gedanken des Arbeiterschutzes zu propagieren! Dreißig Jahre sind es, daß die Arbeiterbewegung, die Scharfmacher agrarischer und industrieller Faktultät, hervor. Und die Regierung erteilt sich ihnen unter dem Bloßfusse williger als früher, wo sie die Rücksicht auf die Arbeiterwähler des regierungsfreundlichen Zentrums zwang, wenigstens einen gewissen Schein von Objektivität zu wahren. Durch die Enthüllungen über die Geheimkonferenz der Reichstagsmitglieder ist es offenbar geworden, wie sich die Regierung den Wünschen dieser einflussreichen Magnaten anpaßt. Weil diese Leute es wollten, strich sie in ihrem Entwurf zu einer Vergesetztennovelle die Bestimmungen, die den mit der Bezeichnung „Sicherheitsmänner“ belegten Arbeitergrubenkontrollen einen gewissen Schutz vor Maßregelungen gewähren sollten. In dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung kommt die Scharfmacher entgegen, die seit Jahren über den „Terrorismus“ der sozialdemokratischen Arbeiter in den Verwaltungen der Kantonskassen ein ebenso heftiges wie unwahres Geschrei erheben. Das mag die Regierung, obwohl sie sich erst im vorigen Herbst von Unternahmervertretern der Kantonskassen lassen mußte, daß es sich hier um nichts würdige tendenziöse Verleumdungen handelte; daß die sozialdemokratischen Arbeitervertreter in den Kantonsverwaltungen objektiv und völlig im Geiste der sozialen Versicherung arbeiteten. Die Scharfmacher triumphierten, ihre Macht ist ungebrochen, ihr Einfluß auf die Regierung ist nicht geringer geworden. Wo man glaubt, einen kleinen Fortschritt auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes entdeckt zu können, da ist er mit so vielen Nachteilen verknüpft, daß sie sich er mit

auch nur geringen Befriedigung aufkommen kann. Und wie bei der Regierung, so werden die Unternehmerinteressen auch in der Verwaltung hochgehalten. Wohl hat man sich im Laufe der Jahre zum Erlaß mancher Schutzbestimmung bequemen müssen, die nach außen den Anschein erwecken konnte und sollte, daß doch recht viel für den Arbeiterschutz getan würde, aber der unternehmerfreundliche Geist in der Verwaltung sorgte und sorgt bis auf den heutigen Tag dafür, daß dies alles „weiße Salbe“ bleibt, um einen Ausbruch der Zehendenbesitzer zu gebühren, den ein früherer Staatsbeamter von den Sicherheitsmännern in den staatlichen Bergwerken prägte.

Um so mehr ist es gegenüber diesem reaktionären Geist der herrschenden Gewalten nötig, daß die Arbeiterschaft ihre Forderungen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes energischer betont. Möge das bei der Maifeier allort geschehen. Aber es muß mehr geschehen: nicht nur an diesem einen Tage wollen wir für die Ausgestaltung des Arbeiterschutzes eintreten, sondern immer, alle Tage. Die herrlichste Demonstration hilft uns nicht weiter, wenn der, dabei bekundete Wille, das intensive Interesse, nicht rastlos fortwirkt. Am 1. Mai für Arbeiterschutz demonstrieren und am nächsten Tage bei der Arbeit gedankenlos die wichtigsten Schutzmaßnahmen außer acht lassen oder gar aus Furcht vor dem Unternehmer auf den uns aufzubehaltenden Schutz verzichten — das wäre ein Verhalten, das unsrer Demonstration allen Wert nähme. Wir hoffen von der Maifeier, daß sie das ernsthafte Streben der Arbeiterschaft nach mehr Schutz für ihr Leben und für ihre Gesundheit wiederum bedeutend verleiht, daß wieder neue Arbeitermassen dem Verluste der Notwendigkeit unsrer Forderungen erfüllt und durchdrungen werden.

Es ist das große geschichtliche Verdienst der Maifeier, daß sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf den hohen Wert der Arbeitszeitverkürzung gelenkt hat. Jeder in der Bewegung unmittelbar tätige Kollege weiß, daß es erst einer ziemlich hohen Schulung der Arbeiter bedarf, ehe sie für diese Forderung mit derselben Opferfreudigkeit eintreten, mit der sie für die Erhöhung der Löhne kämpfen. An dieser Schulung hat die Maifeier ein großes Verdienst. Sie hat dem Gedanken der Arbeitszeitverkürzung Heimatsrecht in der Gedankenwelt der Arbeiter verschafft; sie hat eine große populäre Literatur darüber entstehen lassen und hat im ganzen den Gewerkschaften die Wege ebnen helfen für die Erfüllung einer wichtigen Aufgabe.

Nichten wir den Blick von diesen Ideen, an deren Verwirklichung wir täglich arbeiten, auf die große Idee der Völkersolidarität. Ihr Inhalt ist, daß es dem Proletariat vorbehalten bleibt, den kulturwidrigen Geist des Chauvinismus, des Nationalitätenhasses, der in jedem fremden Volke nichts als Feinde sieht, zu überwinden. Zu überwinden durch den Geist der Solidarität alles, was Menschenantlig trägt. Das ist eine hohe, stolze Mission, aber auch eine schwere und zunächst undankbare Aufgabe. Es gilt, gegen eine durch die rückständigen Verhältnisse bedingte, Jahrtausende alte Barbarei anzukämpfen, die sich mit der Zähigkeit alles Schlechten und Ueberlebten an ihr Dasein klammert. Schwer kämpft man gegen uns als die Träger des neuen Geistes an, mit Waffen giftig und gefährlich; wir, die wir für eines der höchsten und natürlichsten Menschheitsziele eintreten, wir werden als Vaterlandsfeinde, als vaterlandslose Gesellen, die nicht wert sind, den Namen ihres Landes zu tragen, als Hochverräter beschimpft. Und bei gar zu vielen finden diese unbegründeten Anklagen Glauben. Noch stehen weite Volkskreise im Pann des finsternen Blutpatriotismus, der seinem Lande nur dann zu dienen glaubt, wenn

er sich gegen fremde Völker lehrt. Noch folgen auch viele Arbeiter den Lockungen der Militaristen und lassen sich von diesen für die zweifelhaftesten Zwecke mißbrauchen. Aber lassen wir uns durch die Masse der Segner und durch ihre Stärke nicht abhalten, unentwegt für die Idee einzutreten, die die Menschheit von einem der fürchterlichsten Uebel befreien wird. Viel Fortschritte hat sie gemacht, viel Köpfe haben wir dem Segner abgerungen, und so wird es aber auch heute; denn die Idee der Völkersolidarität ist die Idee der Kultur, die Idee der Vernunft.

Heute, am ersten Mai, wollen wir uns wiederum freudig zu ihr bekennen. Fest und trotzig wollen wir unser Recht heischen, auch als Arbeiter Menschen zu sein; mit glühender Begeisterung wollen wir für das Ziel des Weltfriedens, der Völkerverbrüderung im Geiste der Freiheit und Gerechtigkeit demonstrieren. Wir müssen es tun, denn wir sind es, die unter den heutigen Zuständen leiden; wir sind es aber auch heute, die die Kraft haben, Träger neuer, weltbewegender Ideen zu sein. In dem, was uns heute bewegt, begreift sich das schöne Ziel, das einst ein Dichter prophetisch zeichnete:

Was wir erhoffen von der Zukunft Fernen:
Daß Brot und Arbeit uns gerühlet seien,
Daß unsre Kinder in der Schule lernen
Und unsre Greise nicht mehr betteln gehen.

Baugewerbliche Verbandstage.

II.

Die 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands

tagte in der Woche vom 19. bis 24. April im Gewerkschaftshause in Stuttgart. Kollege Stolle-Stuttgart, der auf unsern Wunsch den Verhandlungen beizuwohnte, fand uns folgenden Bericht darüber (der Vorstand unsres Verbandes wird sich, wenn der Bericht im „Zimmerer“ erschienen ist, noch näher mit der Angelegenheit befassen): Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht, der insgesamt 160 Seiten umfaßt, widmet dem Verhältnis zum Maurerverband besonders große Aufmerksamkeit. Nicht weniger als 88 Seiten beschäftigen sich damit. Aber nicht etwa in „freundnachbarlichem“ Sinne. Im Gegenteil, es wird darin der etwas kühn anmutende Versuch gemacht, dem Maurerverband Kartellvertragsbruch und Kartellmüßigkeit nachzuweisen. Gerichten müssen hierzu allerdings sogar Vorzüge, die bereits im Jahre 1908 auf der Leipziger Generalversammlung gelehrt haben. Damals wurden bekanntlich einige Vorurteile dazu benutzt, um mittels einer geharnischten Resolution dem Maurerverband den Abbruch der gegenseitigen Beziehungen anzudrohen. Auf unserm Verbandstag, der damals zu gleicher Zeit in Braunschweig tagte, wurden diese Lebensnötigkeiten umgehend und gebührend zurückgewiesen. Mit der Auffrischung dieser alten Kadaver und einigen Verbesserungsdazu wird der „Beweis“ der Kartellmüßigkeit und des Kartellbruchs eingelegt. Eine andre Verletzung der Kartellpflichten wird darin erblickt, daß der erwähnte Braunschweiger Verbandstag Normen für den Abschluß von Tarifverträgen aufstellte, ohne daß diese Normen vorher den kartellierten Organisationen vorgelegen hätten. Ferner hat der Maurerverband im Herbst 1908 eine Agitation zur Verkürzung der Arbeitszeit inszeniert, ohne vorher die kartellierten Verbände zu fragen. Im Gegensaß zu dieser großzügigen Agitation sollen dann die Maßnahmen zur Wahrung stehen, die im Jahre 1908 angesichts des wirtschaftlichen Tiefstandes von Silberstein und Bismarck auf Verbands- und Gattungen ausgesprochen wurden. „Diese Ausführungen“, heißt es in dem Bericht des Zimmerverbands an die Generalversammlung, „zeugen von einem völligen Umschwung in der Politik des Zentralverbandes des Maurerverbandes.“ In München haben 1908 die Bauarbeiterorganisationen eine Verkürzung der Arbeitszeit als Forderung aufgestellt, die Zimmerer stellten diese Forderung nicht. Das Münchener Gewerkschaftskartell versuchte dann, die Zimmerer zu einem einheitlichen Vorgehen mit den anderen Organisationen zu bewegen, was die Zimmerer aber kategorisch ablehnten. Dieses Vorgehen der Zimmerer wurde dann von den andern Branchen in München scharf getadelt und verurteilt. Das Ganze aber wird dann dem getauften Maurerverband zum Vorwurf gemacht, die Diplomatie und die Taktik des

Maurerverbände sollen alt allem schuld sein. Dem Vorstand unseres Verbandes, insbesondere Bömelburg, wird im Bericht vorgebracht, daß er niemals sagt, von welchen Mitgliedern er sich bei seinem Handeln leiten läßt. Die ganze Taktik bei der Führung der vorjährigen Bewegung paßte dem Vorstand des Zimmererverbandes nicht. Dies Mäander, heißt es in dem Bericht, konnte der Zentralvorstand des Zimmererverbandes nicht mitmachen. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter gingen dann gemeinsam mit den Christlichen nach dem aufgestellten Plane vor. Die Zimmerer lehnten ein gemeinsames Vorgehen mit den Christlichen ab. Als letzter Beweis für die angebliche Kartellmüdigkeit der Maurer muß der Artikel des Kollegen Winnig über „Reizmittel und Organisation“ („Grundstein“ Nr. 4 1909) herhalten. Es wird daraus folgender Absatz abgedruckt:

„Die Kampftaktik der modernen Unternehmerverbände geht in der Hauptsache seit mehreren Jahren dahin, auf Streiks einzelner Gruppen mit Ausbeutung aller an der Herstellung desselben Produkts beteiligten Arbeiter zu antworten. Wir haben diese Fälle ja so häufig gehabt, daß man gar kein Beispiel anzuführen braucht. Auf diese Weise werden Arbeiter, die an der Einleitung des Kampfes ganz uneteiligt sind, die auf seine Führung gar keinen Einfluß haben, in operierende Kämpfe hineingezogen, oft in Augenblicke, wo sie darauf gar nicht vorbereitet sind. Sie müssen dann bluten, ohne zu wissen wofür. Bei einem solchen Zustand wäre überhaupt kein planmäßiges Vorgehen mehr möglich, jede weitestgehende Taktik könnte zur beliebigen Zeit durchkreuzt werden. Gegen diese schweren Nachteile der beruflichen Zersplitterung hat man sich zu schützen versucht, indem man unter den korrespondierenden Organisationen besondere Abmachungen traf, Kartellverträge und ähnliche Vereinbarungen, die indes stets nur eine begrenzte Sicherheit gewähren. Man mußmal genügen sie, manchmal auch nicht.“

Aus diesen Sätzen des Winnigschen Aufsatzes schließt nun der Vorstand des Zimmererverbandes folgendes (Bericht Seite 56):

„Was sich dahinter verbirgt, läßt sich kaum vermuthungsweise und noch weniger mit Bestimmtheit sagen. Eine offene und gegenseitiges Vertrauen erweckende Ausdrucksform mit dem Zentralvorstand der Maurer ist leider nicht möglich. Man wird mehr bei der Durchsicht der öffentlichen Kundgebungen des Zentralvorstandes der Maurer, noch in den gemeinsamen Sitzungen auf Grund des Kartellvertrages das Gefühl los, daß die Sprecher des Zentralvorstandes der Maurer das nicht sagen, was sie tatsächlich auf dem Herzen haben.“

Der Bericht über die Presse, verfaßt von A. Bringmann, umfaßt 24 Seiten. Zwei Seiten betreffen aus der Abrechnung des „Zimmerer“ und andern Zahlenmaterial. Die übrigen 22 Seiten sind unserm Kollegen Paepelow gewidmet. Es ist ein Abrudr von Allenständen aus einer Beleidigungsklage, die Paepelow gegen Bringmann angestrengt hatte, um diesen zu veranlassen, beleidigende Ausdrücke gegen ihn zurückzunehmen, was Bringmann denn auch nach langem Binden und Drehen in einem Vergleich tat. Warum aber, muß man sich unwillkürlich fragen, wird nun ein solch persönlicher Beleidigungsfall derart in einem gedruckten Generalversammlungsbuch breit getreten? Offenbar doch nur, um der ganzen Welt zu zeigen, von welch schlechten Menschen sich die 175 000 Mitglieder des Maurerverbandes leiten lassen. Wenn nun auch dieser erwünschte Zweck nicht erreicht werden wird, eines aber ist erreicht worden: ein großer Teil der Delegierten hat offenbar alle aufgestellten Behauptungen des Berichtes für bare Münze genommen. Einige gaben sich in der Debatte über den Vorstandsbericht rechtlich Mühe, auch ihrerseits noch ein Stück zum großen Scheiterhaufen herbeizutragen, auf dem alles verbrannt werden soll, was — nicht von Holz ist.

In seinen mündlichen Ausführungen zum Geschäftsbericht äußerte sich der Verbandsvorsitzende Schrader auch zu der Frage der Verschmelzung der Bauarbeiterverbände. Die gemeinsamen Interessen seien nicht so groß, daß ein Inbegriffverband unbedingt notwendig wäre. Das Verhältnis zwischen den kartellierten Verbänden gestalte sich immer schwieriger. Die taktischen Ansichten gingen immer weiter auseinander. Deshalb könne er auch keine Zustimmung zu den Anträgen auf Verschmelzung nicht geben. Er ersuchte die Generalversammlung, diese Frage nicht allzu viel zu diskutieren. Nach dem Kartellvertrag sei in den letzten Jahren wenig gehandelt worden. Die Schuld sei aber nicht auf Seiten der Zimmerer. Schrader wies dann auf die erwähnten Streitigkeiten in München hin, die dem Kamerader Kemmer in München sogar den Vorwurf der „Sonderbündel“ eintrugen. In Frankfurt a. M. war vereinbart worden, 65 % zu fordern, die Maurer haben aber nur 60 % verlangt. Mehner erwidert ferner den Fall Bina, wo die Maurer und Bauhilfsarbeiter gegen ein Versäumnisurteil Berufung einlegten, von dieser Berufung aber die Zimmerer nicht in Kenntnis setzten. Im Ganzen komme es auf eine Ausschaltung der Zimmerer hinaus. Der Zustand sei nicht gut, aber die Zimmerer dürften nicht nachhaken, nicht den Schwanz bilben.

In seinem Bericht über die Presse ging Bringmann auf das Kartellverhältnis nicht näher ein. In Bezug auf die Beleidigungsklage verwies er auf den gedruckten Bericht. Er meinte aber, die Klage hänge mit dem Ganzen zusammen. Die Zeitungsaufstellung seien ein Ausfluß des Zustandes in den Organisationen.

Kemmer v. München verteidigte sehr lebhaft seine Haltung in der Lohnbewegung 1908. Er hätte keine Veranlassung und kein Recht gehabt, sich den differierenden Wünschen der Maurer und Bauhilfsarbeiter anzupassen.

Schilling v. Hamburg versuchte im Anfang seiner Ausführungen, den Hamburger Antrag auf Verschmelzung der Bauarbeiterverbände zu begründen, brachte es aber fertig, im Laufe seiner Ausführungen dem Antrag eine wunderbare Leichterde zu haften, wie ihm von einem nachfolgenden Redner bezeugt wurde.

Stoltz-Königsberg meinte, die Maurer seien überall gleich. So wie der Theodor ist, so sind die anderen auch. Wir sollen nur Vorpostendienste leisten. Wenn wir das nicht tun, dann handeln wir unsozial.

Dag-München verteidigte Kemmer und verlangte Genußguth für ihn von der Generalversammlung. Die Münchener Maurer meinten es nicht ehrlich. Sie hätten

von den Zimmerern Abschaffung der Affordarbeit verlangt, selbst aber die Affordarbeit gefördert. Wenn die Maurer heute noch nicht fähig seien, den Kartellvertrag zu halten, so seien wir von einer Verschmelzung noch weit entfernt.

Stoltz-Königsberg meinte, daß die Maurer nicht gut, daß wir fortwährend auf den Maurerverband losgehen. Ich muß aber auch etwas vordringen. (Geisterzeit.) Karle sollten bekanntlich nur auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Die dortigen Maurer aber sind auf einen dreijährigen Vertrag eingegangen, während die Zimmerer nur auf zwei Jahre abgeschlossen hätten. Dadurch haben die Maurer in diesem Jahre eine Lohnerhöhung von 2 % erhalten, während die Zimmerer bei der diesjährigen Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr keine Lohnerhöhung erreichen konnten. Die Verschmelzung hielt Mehner nicht für gut. Klossowski v. Berlin sprach ebenfalls gegen die Verschmelzung. Die Zimmerer hätten den Kartellvertrag immer vollständig gehalten, was von den Maurern und Bauhilfsarbeitern nicht gesagt werden könne. Der Zimmermann werde auf den Maurern nur als der Hausdiener der Maurer betrachtet. Bei einer Verschmelzung würden die Zimmerer nicht mehr zu sagen haben.

In diesem und ähnlichem Sinne äußerten sich noch einige Redner. Eine Ausnahme machten nur zwei Redner: Zührs v. Elmsborn, der warm für die Verschmelzung eintrat, und Oswald-Stuttgart, der das ungute Verhältnis zwischen den beiden Verbänden bedauerte. Die Schuld würde wohl auf beiden Seiten liegen. Sie präbigen das ganze Jahr Solidarität und Einigkeit und die Hauptverbände lägen sich fortwährend in den Haaren. Hier sollte doch ein Weg der Verständigung gefunden werden.

Schrader sagte in seinem Schlusswort: Es würden auch nach einer Verschmelzung alle Verbände bei Vertragserhöhungen zugezogen werden müssen. Auch von einer Verbilligung der Agitation durch die Verschmelzung konnte wohl keine Rede sein. Ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten scheint ihm ziemlich aussichtslos. Die Maurer hätten den Standpunkt vertreten, daß die Christlichen zu allen Beratungen bei der Lohnbewegung 1908 zugezogen werden sollten. Die Maurer und die Christlichen hätten ihre Taktik gemeinsam festgelegt und die Zimmerer sollten sich dann dem anschließen. Das ging doch nicht. In Rheinland-Westfalen hätten sie viele Orte, die bei ihnen nicht zu dem großen Kartellgebiet gehören, wohl aber bei den Maurern. Die Affordarbeit sei bei den Maurern noch vielfach gebräuchlich, bei den Zimmerern nicht. Früher hätten wir die Taktik gemeinsam festgelegt; die Maurer hätten nachher das Gegenteil getan. Wenn Bringmann einmal die Feder ausgetrickelt sei, dann laufe man nicht gleich zum Kabi. An ihm solle es nicht fehlen; persönlich verkehren wir freundlich mit den Vorstandsmitgliedern des Maurerverbandes. Die Anträge auf Verschmelzung bitte er abzulehnen.

Die Ablehnung der Verschmelzung erfolgte gegen drei Stimmen.

Bei der Diskussion des Berichtes über die Presse kamen die Maurer wieder an die Reihe. Diesmal war es der Kollege Paepelow, der „Schläge“ bekam.

Stoltz-Königsberg brachte es fertig, unter dem Beifall eines Teiles der Delegierten zu sagen, Paepelow habe sich die Manieren des Reichslügenverbandes und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes angeeignet.

Ott v. Wilhelmshaven wiederholte das bekannte Schlagwort von dem „Durch die Gasse gehen“.

Marthardt v. Hamburg verlangte die Einsetzung eines Schiedsgerichts für die deutschen Gewerkschaften, das solche Streitigkeiten wie im Falle Paepelow-Bringmann zu erledigen hätte.

Doch nicht alle Delegierten mit der Holzaderei auf dem Maurerverband einverstanden sind, bewies Leugert-Stuttgart, der da sagte: „Es ist mir aufgefallen, daß hier jede Gelegenheit benutzt wird, um auf die Maurer loszuhaben. Wir in Stuttgart kommen gut miteinander aus und haben gemeinsam schon vieles für unsere Organisationen errungen.“ (Mehner will noch weiter reden, wird jedoch durch Schrader durch eine Zwischenbemerkung unterbrochen, worauf er dann das Rednerpult verläßt. Auf eine Frage meinerseits am gleichen Abend am Stammtisch des Gewerkschaftshauses in Gegenwart des Genossen Fuß vom Maurerverband sagt Leugert: „Frei (Schrader) hat mich gefragt: Kannst Du das auch beantworten?“ Der Bericht erstattet.)

Schmann v. Hamburg erklärt, daß Paepelow als Person und nicht im Auftrage des Vorstandes des Maurerverbandes geklagt habe. Im übrigen hat Schmann an der Leitung unseres Hamburger Zweigvereins although auszusehen, war jedoch schwer verständlich. Verständlich wurde er erst wieder, als er mit Donnerstimme in den Saal hineintrief: „Die Maurer Hamburgs haben eine große Kelle und eine große Schnauze!“

Schrader als Vorsitzender meinte dazu, dieser Ausdruck sei wohl bildlich aufzufassen, sonst wäre er parlamentarisch nicht zulässig.

Auch Kremier v. Frankfurt fand es für notwendig, noch etwas Öl ins Feuer zu schütten. Die Gründe, die zur Klage geführt haben, seien nicht persönlich, sondern sachlich. Wir Zimmerer wollen unsre alte Taktik fortsetzen. Wir wollen nicht erst populäre Forderungen aufstellen und sie dann kalten Blutes wieder zurückziehen.

In seinem Schlusswort ging Bringmann näher auf die uns berührenden Fragen ein. Er habe seit Jahren keine persönliche Meinung mehr. Er lasse sich leiten von Beschlüssen und festgelegten Grundsätzen. Er glaube, daß durch die Beschlüsse von gestern die Differenzen nicht erledigt seien: „Der Gegenstand wird bald wieder losgehen. Wenn wir schweigen würden, dann verlaufen wir den Verband auf Abbruch.“ Es handelt sich um weitgehende sachliche Gegensätze. Wir wollen den demokratischen Ausbau unseres Verbandes, die Maurer nicht. Die beschlossene Verschmelzung der Maurer und Bauhilfsarbeiter sei kein Schritt zur Stärkung der Organisation. Zu derselben Zeit, wo die Verschmelzungsdebatten die höchsten Bogen erreichten, da treten wir an die Tarifverhandlungen ein. Uns wollen die Maurer auch gar nicht haben, wenigstens so lange nicht, als wir unsre Arbeitslosenunterstützung nicht aufgeben. Eine Verdoppelung der Kraft bedeutet die Verschmelzung nicht. Beim Militär kämpft man heute nicht mehr in großen Kolonnen. Auf uns wird

man wieder losgehen, da werden wir uns wehren müssen.“ Von einem Schiedsgericht der Generalkommission will Bringmann nichts entstehen lassen. So groß sei die Macht der Generalkommission nicht. Der Maurerverband ist stärker an Einfluß als wir und die Generalkommission hat keine Macht, die Fügung der Personen unter ihr Urteil herbeizuführen. Das gute Einvernehmen in Stuttgart treffe auch nicht auf; man solle nur das Flugblatt gegen die Gipfel lesen.

Der Antrag Marthardt, der Schritte zur Errichtung eines Schiedsgerichtes eingeleitet wissen will, wird abgelehnt.

Der dritte Verhandlungstag war der Beratung der Tarif- und Lohnbewegung gewidmet, und auch bei diesem Punkt kamen die Maurer wieder nicht zu kurz. In seinem Referat erklärte Schrader, daß er nicht weiter auf die Streitfrage mit dem Maurerverband eingehen wolle. Erwähnen müsse er aber, daß bei dem Berliner Kampfe die Maurer und Bauhilfsarbeiter von den Zimmerern verlangten, daß sie auf allen Plätzen die Arbeit einstellen sollten, wo die Forderungen der Maurer und Bauhilfsarbeiter nicht bewilligt waren. Das hätten die Kameraden selbstverständlich nicht getan. Das Streikrechtverhältnis zwischen Maurern und Zimmerern war 8 zu 1, während es in „Normalzeiten“ 3 zu 1 sei. Er erläuterte und begründete dann in längeren Ausführungen folgende Resolution, die Vorstand und Ausschuss beantragten:

„1. Die 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, den die moderne deutsche Zimmererbewegung zu kollektiven Arbeits- bzw. Tarifverträgen bisher eingenommen hat.“

„Hiernach soll für möglichst jeden Ort oder für jedes mehrere Orte umfassende und zusammenhängende Wirtschaftsgebiet ein kollektiver Arbeitsvertrag abgeschlossen werden, und zwar:

Von den Gesamtheiten der Unternehmer, die Zimmerarbeiten ausführen, und den Zimmerern der betreffenden Orte bzw. Wirtschaftsgebiete oder in deren Namen. Der kollektive Arbeitsvertrag soll für alle Zimmerarbeiten des betreffenden Orts bzw. Wirtschaftsgebiets, wofür er abgeschlossen wird, bindend, also unabhängig sein.“

Die Lohnbestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages sollen als Minimum gelten; jedem Unternehmer soll es freistehen, nach Maßgabe der Leistung eines jeden von ihm beschäftigten Zimmerers den Lohn zu erhöhen, und jedem Zimmerer soll es freistehen, nach Maßgabe des Wertes seiner Arbeitskraft höheren Lohn zu fordern, event. das Arbeitsverhältnis deswegen zu lösen, ohne daß darin eine Verletzung des kollektiven Arbeitsvertrages erblickt werden könnte.“

Alle Bestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages sollen den sozialen bzw. wirtschaftlichen Bedürfnissen der Zimmerer, für die er abgeschlossen wird, nach Maßgabe der bauseigenen Produktion und ihrer Verbesserung Rechnung tragen, und sie sollen auch während der Vertragsdauer zugunsten der Arbeiter abgeändert werden können, wenn die Voraussetzungen, unter denen der kollektive Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde, sich in entsprechender Richtung verändern.“

Bestimmungen, die den Arbeitsvertrag als solchen, also die Anwendung der Arbeitskraft während der durch kollektiven Arbeitsvertrag vorgegebenen Arbeitszeit nicht berühren, sollen in solche Verträge nicht aufgenommen werden.“

Die Kartellstellen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands sollen in ihren betreffenden Kartellstellen darauf hinwirken, daß kollektive Arbeitsverträge, wie sie vorstehend umschrieben sind, zustande kommen — kollektive Arbeitsverträge, die geeignet sind, die beruflich wirtschaftliche Lage der Zimmerer in ihrem betreffenden Kartellstellengebiet zu wahren und zu verbessern.“

Die Verbandskartellstellen können auch im Namen der Zimmerer ihres Kartellstellengebietes handeln und kollektive Arbeitsverträge abschließen, jedoch ohne damit den Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands rechtswirksam zu verpflichten.“

Mit den zentralen Verbandsmitteln soll darauf hingewirkt werden, daß die von den Verbandskartellstellen abgeschlossenen kollektiven Arbeits- bzw. Tarifverträge eingehalten werden. Dieses Versprechen kann in jedem Falle durch die Unterzeichnung der Verträge von seiten eines Vertreters des Zentralverbandes gegeben werden.“

2. In Erwägung, daß das am 28. März 1908 mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe vereinbarte Tarifmuster für 1910 lokale Verhandlungen zur Vereinbarung neuer Tarifverträge vorliegt, wird den oben umschriebenen Grundsätzen gemäß an lokalen Verhandlungen teilgenommen.“

Werden zentrale Verhandlungen von anderer Seite beantragt, so sind Zentralvorstand und Verbandsausschuß berechtigt, aus ihrer Mitte Vertreter daran teilnehmen zu lassen.“

Handelt es sich dabei um Erledigung von örtlichen Differenzen, so sollen auch Vertreter aus den beteiligten Lohnbezirken hinzugezogen werden.“

Die Entscheidung über das Ergebnis der eventuellen Verhandlungen steht den Mitgliedern zu.“

Hinzufließen sind Zentralvorstand und Verbandsausschuß berechtigt, eine Generalversammlung einzuberufen, um zu dem Ergebnis der Tarifverhandlung Stellung zu nehmen.“

Schmann v. München zieht in gerader unheimlicher Weise über die Maurer los: Die Tarifverhandlungen in München hätten gezeigt, wohin es führt, wenn man sich in dieser Frage den Beschlüssen der drei Zentralverbände fügen müßte. Den Kartellstellen muß das Recht eingeräumt werden, selbständig zu handeln. Wir werden und doch nicht unter die Fuchtel eines Bömelburg begeben. Unfre Kameraden wurden auf der Baustelle von den Maurern gegen die Führer aufgebracht. Man sagte zu ihnen: Eure Führer haben euch verraten. Ein Beamter der Maurer war früher Affordarbeiter und hat die Affordarbeiter während der Verhandlungen gefördert. In der Ausstellung haben die Maurer Einfalarbeiten gemacht und sie dann als Maurerarbeiten erklärt.“

Seich v. Leipzig meint, der Zimmererborstand habe bei den vorjährigen Tarifabschlüssen unter dem Einfluß

der Maurer gehandelt. Wömelburg habe gesagt, daß nicht die Ortsvereine, sondern die Zentralverbände zu bestimmen haben. Das ist eben das Diktatorische bei den Maurern; der Vorstand hat zu bestimmen und die Mitglieder haben zu gehorchen.

Pro m. Nürnberg: Ich rate davon ab, sich von anderen Organisationen majorisieren zu lassen. Die Maurer, die es verstanden haben, nach dem Tarifabschluß 1908 den Zimmererverband durch die Gasse zu ziehen, erlitten nicht.

Schuppen-Crefeld: Die Maurer hatten in Crefeld die Bewegung zurückgestellt, bis der Zimmerertarif auch abgelaufen war. Wenn wir die Maurer nicht an den Tisch hängen hätten, wären wir Zimmerer viel weiter. In Essen wurden wir 65 statt 58 A haben, wenn wir allein wären. Wir müssen deshalb in Zukunft allein gehen und nicht mit den Maurern, Bauführern und Christlichen.

Rehmann-Samburg: Durch die Macht der Katholiken werden wir gezwungen, werden mit den Maurern und Bauführern die Verhandlungen gemeinsam zu führen. Unsere Verhandlungen hier haben den Anschein, als wenn unsere Feinde nicht die Unternehmer, sondern die Maurer wären. So ist es aber doch nicht. Wir müssen bloß bei gemeinsamen Verhandlungen aufpassen, daß wir nicht überlistet werden.

Giebert-Friedrichshagen: An dem Ausgang des Berliner Kampfes sei die Berliner Maurerleitung viel schuld gewesen. Die Arbeiterinnen mußten einen kolossalen Streikzeitraum zahlen. Es war auch nicht angebracht, von den Zimmerern zu verlangen, daß sie die Arbeit niederlegen sollten, um mitten in der Bewegung die Affordarbeit zu beseitigen. Wir müssen in Zukunft selbständig vorgehen.

Egger-Augsburg: Nach gemeinsamen Vorverhandlungen erklärten die Maurer, 1908 keinen Vertrag abzuschließen zu wollen. Es war aber Verpögelung falscher Tatsachen. Es hat sich herausgestellt, daß die Augsburger Maurer von Hamburg die Mitteilung erhalten hatten, nur mit den Bauführern gemeinsam einen Vertrag abzuschließen, nicht mit den Zimmerern.

Schwenniger-Mühlhausen i. G.: Zentrale Verhandlungen sollten wir direkt ablehnen. Wir sollten uns aber mit den anderen Organisationen verständigen. Wenn das bei den Zentralen nicht möglich ist, dann sollte es doch örtlich geschehen. Ich besaure es sehr, daß hier über die Maurer so losgepöbel wird. Die Maurer stehen im allgemeinen den Streitereien genau so unsympathisch gegenüber wie wir.

Dösch-Dresden: Er erklärt sich entschieden gegen einen Reichstakt. Er gibt zu, daß Ausdrücke gegen die Maurer gefallen sind, die besser unterblieben wären. Bei den zentralen Verhandlungen müsse der große Einfluß der Christlichen wieder zurückgedrängt werden.

Witz-Gießen: meint, die große Agitation der Maurer (1908) habe dazu geführt, daß die Unternehmer uns so große Schwierigkeiten bereitet haben.

Fangen-Düsseldorf: Unsere Beschlüsse auf der Kölner Generalversammlung sind durch die Kapitell der Maurer durchkreuzt worden. Die Einheitslosigkeit der Berliner Zimmerer bezüglich der Forderung der Arbeitszeitverkürzung 1907 ist auf die Politik des Maurerverbandes zurückzuführen. Unsere Bemühungen, die Verhandlungen 1908 getrennt zu führen, waren eben erfolglos.

Klupp-Dortmund: Es sei nicht notwendig, so etwas hier zu sagen, wie es z. B. von Schmaus-München geschehen sei. Wir werden uns doch nicht unter die Füße eines Wömelburg begeben; denn die Verhältnisse werden stärker sein als wir, und diese Verhältnisse werden uns wahrscheinlich dazu zwingen, im nächsten Jahre wieder gemeinsam mit den Maurern zu verhandeln.

Bringmann: Die Tarifpolitik müsse der Diplomatie entzogen werden. Die breite Masse müsse in das Wesen der Tarifpolitik eingeführt werden. Der Tarifvertrag sei heute schon ein Rechtsgeschäft. Die Verantwortlichkeit des Verbandes müsse beseitigt werden. Die Maurer verhandeln immer im Namen des Zentralverbandes; die Zimmerer aber erklären stets, nur im Auftrag der Bauführer zu handeln. Dadurch soll die juristische Verantwortlichkeit des Gesamtverbandes abgewandt werden. Die Maurer bringen auf zentrale Verhandlungen hin zur Feststellung des Tarifmuskels. Davon werden wir uns dann auch nicht zurückziehen können. Geboten wird uns nicht viel werden, weil voriges Jahr die Unternehmer bestraft worden sind, die etwas geboten hatten. Kommer verliest einen Bericht aus dem „Hamburger Echo“ über eine Rede Wömelburgs auf dem Verbandstage der Bauführer und sagt dann: Wir propagieren eine solche Bewegung nicht, wie es der Maurerverband in diesem Wömelburgschen Programm darlegt. Die Bauführer haben schon keinen freien Willen mehr, sie tun alles, was die Maurer tun. Wir halten prinzipiell an Sozialverhandlungen fest, aber die Verhältnisse werden uns wohl zu zentralen Verhandlungen drängen. Es soll dann aber der Vorstand und der Ausschuß verhandeln, nicht die Gauleiter. Bei Verhandlungen über örtliche Differenzen sollen Vertreter der beteiligten Bauführer hinzugezogen werden.

Kremer-Frankfurt: Die Unternehmer werden uns nächstes Jahr Lohnverbesserungen bieten, dafür aber langfristige Verträge fordern.

Mahn-Sannover: kann keine so großen Klagen über die Maurer sagen.

Stoof-Potsdam: Die bürgerlichen Gegner stellen die Maurer immer als eine ganz brutale Gesellschaft hin. Wir beschäftigen ihnen das ja. Das sollte doch vermieden werden.

Witz-Berlin: äußert als einziger Bedenken gegen Absatz 4 und 5 der vorliegenden Resolution, aber Bringmann rief sich auf eine Veränderung nicht ein.

Schraeder: Wir haben immer versucht, uns auf eigene Füße zu stellen, es ist aber nicht immer gelungen. Deshalb müssen wir von Fall zu Fall entscheiden. Bezüglich des Patiens mit den Christlichen müssen wir freie Hand haben. Wir dürfen uns in solche Sachen nicht hinein lassen. Die Maurer können in verschiedenen Orten nicht ohne die Christlichen machen. Die Maurer können auch die Bestimmungen über Affordarbeit nicht beseitigen. Der Zentralvorstand habe voriges Jahr nicht unter dem Einfluß des Maurerverbandes gestanden. Die Unternehmer

hätten das Gegenteil behauptet. Mehrer bezweifelt, ob ein einjähriger Tarif besser wäre als ein etwas längerer. In einem Reichstakt könne er keine Gefahr erblicken, es müsse nur ein starker Verband dahinter stehen.

Die Resolution des Vorstandes wird einstimmig angenommen. Ferner wird ein Antrag Kemmer angenommen, im Vertragsmuster die Wohnungszahlung während der Arbeitszeit zu verlangen.

Am Donnerstag wurde der Punkt: Kranken- und Arbeitslosenunterstützung verhandelt. Es wurde wohl von allen Anwesenden recht angenehm empfunden, daß jetzt endlich einmal die fortwährenden Angriffe auf den Maurerverband unterblieben. Nur Rehmann-Samburg konnte es sich nicht verlagern, die Bemerkung einzuflechten, die Maurer seien wohl für eine Arbeitslosenunterstützung, aber Wömelburg sage eben, das geht doch nicht. Die Einführung von Kranken- und Sterbeunterstützung wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt, dagegen aber der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung mit 65 gegen 48 Stimmen beschlossen.

Der Nachmittag wurde zu einem Ausfluge verwendet. Am Freitag wurde die Debatte über den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung fortgesetzt. Beschlossen wurde mit 79 gegen 34 Stimmen, den Beitrag in diesem Jahre um 5 A und im nächsten Jahre abermals um 5 A zu erhöhen. Als Gegenleistung wird die Arbeitslosenunterstützung erhöht.

Der Punkt: Betonbau nahm nicht viel Zeit in Anspruch. Ede referierte: Die Zimmerer waren zur Konferenz der Betonbranche eingeladen, haben aber die allgemeine Beschäftigung derselben abgelehnt, weil keine Veranlassung dazu und auch kein Programm vorlag. Die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Betonbranche darf nicht den Betonarbeitern überlassen werden, sondern die Organisationen haben zu entscheiden.

In der Debatte behauptet Schaller-Nürnberg, daß dort Maurer Abbrucharbeiter vertrieben hätten, die Zimmererarbeit waren. Sie hätten Stufenhöhen herausgerissen, Türgehäute herausgenommen und wieder eingesetzt. Wir müssen, so solche Uebersetzungen vorkommen, den Maurern ganz gehörig auf die Finger klopfen.

Dreh-Nürnberg meint, die Zimmerer sollten bei Eingangsarbeiten gar keine Maurer oder Bauführer aufkommen lassen, auch kein Werkzeug an diese abtreten.

Rose-Beipzig erklärt das Stellen der Steifen auch für Zimmerer.

Rehmann-Samburg beschwert sich über die Parteipresse, die sich die Ansichten des „Grundstein“ zu eigen gemacht habe und die ihr ausgefallenen Ansichten der Zimmerer ignoriert habe. Diese Angelegenheit verdrängt sich nachher zu einer protokolllarischen Erklärung gegen das „Hamburger Echo“.

Die vorliegende Resolution wird mit einer Aenderung angenommen.

Folgende Resolution wurde angenommen: Die 18. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands erklärt, daß die Beschäftigungs- und Arbeitslosenunterstützung auf Betonbau Zimmererarbeit ist und daher jeder andere Zimmererarbeit gleich zu achten ist.

Sie verpflichtet daher die Bauführer, dem Betonbau die größte Aufmerksamkeit zu schenken und dahin zu wirken, daß für die Beschäftigungsarbeiten mindestens der tarifliche oder der ursprüngliche Zimmererlohn gezahlt wird, daß ferner die vielfach längere Arbeitszeit beseitigt und die für Zimmerer übliche Arbeitszeit innegehalten wird.

Im übrigen ist auch der Parteivertrag zwischen den Zentralverbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer für den Betonbau maßgebend.

Inbesondere ist bei der Agitation darauf zu achten, daß die Hilfsarbeiter (nicht Zimmerer) dem Verbands der baugeverbliebenen Hilfsarbeiter angehören.

Sympathietreue können nur auf Antrag und mit Genehmigung der Zentralverbände erklärt werden.

Die weiteren Verhandlungen hielten, abgesehen von der Debatte über den Bericht vom Gewerkschaftskongress, wobei verschiedentlich die Arbeitszeit um 1. Mai bekämpft wurde, kein allgemeines Interesse. Bei der Statutenberatung wurde für die fränkischen Mitglieder ein niedrigerer Beitrag festgesetzt, 10 bzw. 15 A pro Woche. Bei der Beratung des Streikreglements sagte man diesem eine Bestimmung ein, wonach die örtlichen Organisationen bei Lohnbewegungen, auf eigene Verantwortung und Gefahr handeln. Damit soll die Schadenersatzpflicht der Hauptstelle ausgeschlossen werden. Die bisherigen Verbandsbeamteten usw. wurden wiedergewählt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zunahme des Beschäftigungsgrades. — Fortdauer des hohen Andranges am Arbeitsmarkt. — Das Wiedererwachen der gewerblichen Unternehmungslust. — Die amerikanischen Preistreiberien auf dem Getreidemarkt.

Die Beschäftigungsziffer in Industrie, Handel und Verkehr nimmt wieder zu. Das ist die wichtigste Erscheinung der letzten Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Denn seit Juni 1907 war die Kurve, die den Beschäftigungsgrad anzeigt, fast unregelmäßig sinkend. Der März 1908 hat nun etwa nicht die regelmäßige im Frühjahr zu beobachtende Zunahme der Beschäftigten gebracht, der Grad der Zunahme war vielmehr sehr viel stärker als im Vorjahre. Damals steigerte sich die Beschäftigungsziffer von Februar auf März um 1,61 pSt., im laufenden Jahre aber nach den vorläufigen Ziffern, die sich auf 1181 Krankentafeln beziehen, um 3,12 pSt. Beschäftigt wird die Zunahme der Beschäftigten durch die regere Nachfrage von Arbeitskräften an den Arbeitsnachweisen: während von Februar auf März 1908 die Zahl der offenen Stellen um etwa 80 pSt. zunahm, stieg sie in diesem Jahre wieder um 50 pSt. Fragen wir nach den Gewerben, in denen der Beschäftigungsgrad wieder zunahm, so muß vor allem das Beschäftigungsgewerbe genannt werden. Hier haben der März und April eine recht beachtenswerte Zunahme des Beschäftigungsgrades gebracht, die allerdings nach Ostern schon wieder abgeklungen sein dürfte. Aber ziemlich anhaltend ist bisher die Beschäftigung im Textilgewerbe. Weiter ist aber noch im weiterverbreiteten Holzgewerbe eine ständige Erholung wahrnehmbar, die sich vor allem in der kräftigen Abnahme der Arbeitslosigkeit zeigt.

Die Arbeitslosigkeit Ende März ist sogar um eine Kleinigkeit niedriger als im Vorjahre. Auch in dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, dann in der Rohstoffindustrie nimmt die Arbeitslosigkeit wieder etwas zu. Endlich ist noch auf die Belebung der Bautätigkeit zu verweisen, die seit Beendigung des Frostwinters wieder zu beobachten ist.

Wenn die Belebung des Beschäftigungsgrades sich auf dem Arbeitsmarkt noch wenig bemerkbar macht, so liegt das daran, daß seit Ende 1907 sich ein ganz ungewöhnliches Angebot herausgebildet hat. Das ganze Jahr 1908 hindurch nahm die Beschäftigungsziffer nicht nur nicht zu, sondern sogar absolut ab. Der März dieses Jahres brachte aber zu dem vorhandenen starken Ueberschuß an Arbeitsuchenden schon wieder einen Teil des Neuangebotes aus dem laufenden Jahre. Die Folge dieser Vermehrung des Angebots ist, daß der Andrang am Arbeitsmarkt noch in diesem März 1909 nicht weniger als 165,40 Arbeitsuchende gegen 138,01 im vorigen Jahre. Noch ungünstiger stellt sich die Lage, wenn man den Markt für männliche Arbeitskräfte für sich betrachtet. Hier kommen auf 100 offene Stellen sogar 230,63 Arbeitsuchende gegen 178,17 im Vorjahre. Selbst wenn die Zunahme des Beschäftigungsgrades weitere Fortschritte machen sollte, wird es noch lange dauern, bis das überaus starke Angebot auf dem Arbeitsmarkt auf ein etragsfähiges Maß zurückgegangen ist. Noch wie vor werden wir daher noch mit einer ziemlich großen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, da die Zunahme der Beschäftigungsziffer nicht so rasch erfolgen kann, um dem seit einem Jahre sich anammelnden Angebot Arbeitslosigkeit zu schaffen. Nichtsdestoweniger bleibt die günstige Wendung, die der März 1909 gebracht hat, zu begrüßen, und es ist nur noch zu unterfragen, ob es sich bei der Zunahme der Beschäftigten im März um eine vorübergehende Erscheinung handelt, oder ob wir auf eine fortwährende Erholung rechnen dürfen.

Es spricht manches dafür, daß die plötzliche Zunahme der Beschäftigten nichts weiter als eine Reaktionserscheinung gegenüber der ungewöhnlichen Stagnation in den Wintermonaten bedeutet. Hat doch der starke Frost die Arbeiten im Freien in einer Zeit Jahren nicht beobachteten Maße beeinträchtigt. Mit dem Beginn des Winters mußte also dieser besondere Druck wegfallen und eine plötzliche Zunahme der Beschäftigung auslösen. Auf der anderen Seite freilich fehlt es auch nicht an Anzeichen, die für eine weitere Besserung sprechen. Daher gehört vor allem das Wiedererwachen der gewerblichen Unternehmungslust. In dem schon seit September 1908 zu beobachten ist und im laufenden Jahre erfreuliche Fortschritte macht. Die gewerbliche Unternehmungslust eilt der Gestaltung des Beschäftigungsgrades immer etwas voraus; es kann dabei vorkommen, daß die Unternehmer in der Bewertung der Konjunktur sich irren; trotz stärkerer Unternehmungslust kann die Belebung des Beschäftigungsgrades ausbleiben. Es hat freilich diesmal nicht den Anschein, als ob die Veränderungen und Kapitalerhöhungen auf einer falschen Beurteilung der Konjunktur beruhen, vielmehr ist bei der Lage des Geld- und Arbeitsmarktes sowie bei dem Niveau der Warenpreise anzunehmen, daß die gewerblichen Reinvestitionen prosperierende Anlagen darstellen werden. Hier seien seit September 1908 die Summen wiedergegeben, die für Neugründungen und Kapitalerhöhungen bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. monatlich angefordert wurden. Diese Summen betragen in Millionen Mark im Vergleich zum jeweiligen Vorjahre:

	1907/08	1908/09
September	54,28	69,97
Oktober	95,06	109,58
November	108,27	78,09
Dezember	90,78	78,77
Januar	98,63	86,60
Februar	82,77	76,49
März	99,40	129,66

Wenn man erwägt, daß seit Dezember 1907 jeder Monat bis September 1908 eine Wiedereinwanderung gegenüber dem Vorjahre gebracht hatte, so ist die allmähliche Belebung der Unternehmungslust seit September 1908 unverkennbar. Vor allem ist es aber charakteristisch, daß im März dieses Jahres die Unternehmungslust nicht nur stärker war als 1908, sondern auch wieder stärker als im März 1908. Ohne allzuviel aus dieser Bewegung der Reinvestitionen schließen zu wollen, kann man doch bei dem starken Angebot von Kapitalien eine weitere Belebung der Unternehmungslust als wahrscheinlich annehmen.

Soll freilich das wirtschaftliche Leben Deutschlands einen nachhaltigen Anstoß zu einer Wiederbelebung der Konjunktur erhalten, so muß vor allem eine Verteuerung der Haushaltskosten für die breite Masse der Bevölkerung verhindert werden. Denn nur, wenn die Voraussetzungen für eine Zunahme des Konsums der Arbeiterbevölkerung gegeben sind, kann die belebende Wirkung der wachsenden Unternehmungslust auf den Beschäftigungsgrad übertreten. Würde durch eine abermalige ins Gewicht fallende Verteuerung der Haushaltskosten noch eine weitere Einschränkung des Konsums entstehen, so würde eine wirtschaftliche Wiederbelebung leicht durch eine erneute Stagnation auf dem Warenmarkt ersetzt werden können. Bis Februar war die Entwicklung des wöchentlichen Rohwarenmarktaufwands im Durchschnitt von 65 deutschen Städten einigermaßen befriedigend. Für den Februar stellte sich nämlich dieser Aufwand für eine vierköpfige Familie, berechnet nach der Verpflegungssituation des deutschen Marinefeldatens, auf 22,42 wöchentlich, gegen A 22,51 im Januar. Seit damals sind allerdings in der Preisbewegung auf dem Warenmarkt recht einschneidende Veränderungen eingetreten, die namentlich Getreide und damit weiterhin Weizen und Brot betreffen. Die Bewegung der Preise für Weizen und Roggen war schon im März unausgesetzt steigend. Im April aber setzten an den amerikanischen Getreidemarkten Spekulationsmanöver ein, die den Weizenpreis auf eine ungewöhnliche Höhe trieben. Daß diese nach Ostern einsetzende wilde Preisverwirrung in Weizen durch die Marktlage keineswegs begründet ist, wird allgemein gegeben. Selbst in Mexiko ist die Enttäuschung über die neuesten Preistreiberien so stark, daß die Regierung ein

Verbot des Terminhandels in Getreide in Aussicht stellte. Die Wirkungen der amerikanischen Mähdrescher pflanzten sich auf dem gesamten internationalen Getreidemarkt fort, und auch an den deutschen Getreidemarkt hat sich die Aufwärtsbewegung der Weizenpreise dadurch verstärkt. Würde der hohe Stand für Weizen lange fortbestehen, so müßten sehr bald auch die Mehlpreise und weiterhin die Brotpreise folgen. Eine abermalige Verteuerung der Kosten für die Ernährung wäre die unausweichliche Folge. Damit würde die an sich schon seit Ende 1897 geschwächte Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung abermals vermindert und den ungünstigen Einfluß der Faktoren, die auf eine Niederbelegung hinwirken, mehr oder weniger ausgleichen. Darum ist zu wünschen, daß nicht nur das Hausverbreiten in Amerika bald sein Ende findet, sondern daß namentlich auch die europäischen Getreidepreise etwas mehr Widerstandskraft gegenüber der amerikanischen Spekulation zeigen. Denn selbst nach der Weltmarktsituation des ungarischen Ackerbauministers, die vom Standpunkte des Exportlandes ausgeht, ist reich der Weizenantrag der letzten Ernte sehr wohl zur Deckung des Konsums. Die Saatenhandsberichte für die kommende Ernte lassen aber zurzeit noch nicht den geringsten Einfluß auf den Ausfall der Ernte im laufenden Jahr zu. So ist für die augenblickliche exorbitante Steigerung der Weizenpreise kein anderer Grund ersichtlich, als eine volkswirtschaftlich im höchsten Grade schädliche Spekulation, die bei der heutigen Art des Getreidehandels namentlich von Amerika aus von Zeit zu Zeit immer wieder mit Erfolg in Szene gesetzt wird.

Berlin, am 18. April 1909. Richard Calwer.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage: Verhandlungen über die Aufhebung des Oktrois. Kampf gegen die Getreideveruerung. Erste Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend Änderung des Strafgesetzbuches. Der Erpressungsparagraph. Rundgebung der Baugewerks- Berufsvereinigungen. Die Ereignisse in Konstantinopel.

In seiner ersten und zweiten Sitzung nach den Osterferien beschäftigte sich der Reichstag mit der sehr wichtigen Frage der Aufhebung der Konsumsteuern der Gemeinden, wobei vornehmlich die süddeutschen Staaten und Elsaß-Lothringen in Betracht kommen. Nach dem § 13 des Zolltarifgesetzes von 1902 sollen alle bisher von Gemeinden erhobenen Abgaben auf die Einführung von Nahrungsmitteln, Brot, Fleisch usw. (Oktroi), bis zum Jahre 1910 aufgehoben werden. Damit wollte man einen „kleinen Ausgleich“ gegenüber den neuen gewaltigen Lebensmittelpreiserhöhungen schaffen. Es wurden von dieser Bestimmung etwa 1400 deutsche Gemeinden betroffen, von denen nicht weniger als 1172 auf das rechtsrheinische Bayern entfallen. Alle diese Gemeinden haben beim Reichstage petitioniert; sie wünschen die Verlängerung der Frist um mehrere Jahre. Diese Petitionen fanden nun, nachdem die Petitionskommission sie abgelehnt hatte, im Plenum zur Debatte. Nur von Seiten der Konservativen und eines Teiles des Zentrums erfuhren sie Unterstützung. Mit besonderer Energie traten die sozialdemokratischen Redner, vor allem die Abgeordneten Ulrich und Hilgenbrand dafür ein, daß eine Fristverlängerung nicht gewährt wird. In diesem Sinne beschloß denn auch das Haus in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 61 Stimmen. In der Debatte machte der nationalliberale Abgeordnete Baffermann die beachtenswerte Bemerkung, daß nach den gemachten Erfahrungen das Oktroi tatsächlich den arbeitenden Klassen die Lebensmittel verteuere. Darüber waren die Agrarier natürlich gar nicht erbaut.

Es folgt die Beratung des Antrages Lattmann und Genossen (Wirtschaftliche Vereinigung), der den Reichskanzler um eine Abänderung des Patentgesetzes ersucht, durch welche die Erfindungen der technischen Angestellten und Arbeiter diesen in geistiger und materieller Hinsicht mehr als bisher geschützt werden. Dieser Antrag, den die Sozialdemokraten auch in der Debatte unterstützten, fand einstimmige Annahme.

Sodann war ein heftiger Kampf um die Vinerzung der Getreideveruerung einerseits und andererseits um die Beschränkung der zu dieser Veruerung erheblich beitragenden zu starken Getreideausfuhr auszufechten. Es lagen der Debatte Petitionen und ein Antrag der Freisinnigen zugrunde, betreffend Beschränkung der Geltungsdauer der Einfuhrscheine auf höchstens drei Monate, Wiedereinführung des Identitätsnachweises und Aufhebung der Ausnahmetarife für Brotgetreide und Mehl. Die Ausfuhrscheine haben, wie der freisinnige Abgeordnete Günther ausführte, durch ihre lange Geltungsdauer und weil sie Zollermäßigungen nicht nur bei der Einfuhr von Getreide gewähren, sondern auch bei der Einfuhr der verschiedensten andern Waren, gerade den Charakter von Wertpapieren gewonnen. Durch diese Einfuhrscheine wird unser heimisches Getreide ganz bedeutend verteuert, nach dem Ausland wird das Getreide billiger verkauft und später wird es zu höherem Preise wieder eingeführt. Die Erregung über diese künstliche Preissteigerung ergreift immer weitere Kreise. Ungeheure Mengen von Weizen werden ausgeführt, die durch die Einfuhr keineswegs wieder eingebracht werden. Dabei steht fest, daß die deutsche Landwirtschaft nicht genügend Getreide für Deutschland liefern kann. Die durch die Einfuhrscheine begünstigte Ausfuhr liegt daher nicht im Interesse der Volks-

ernährung. Sie liegt ebenso wenig im Interesse der Reichskasse, der ganz bedeutende Zollbeträge entzogen werden. Nicht Deutschland genießt den Segen seiner Ernte, sondern das Ausland, und die deutsche Regierung steht diesem Schauspiel teilnahmslos gegenüber!

Scharf ging der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Sildt mit dem Lebensmittelausfuhrzollwesen ins Gericht. Er sagte unter anderem: Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß das System der Einfuhrscheine unter heimisches Getreide verteuert, daß es die Reichskasse und den Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung schädigt, und es ist drittens klar, daß durch dieses System dem Inland die Ware entzogen wird, die wir nachher wieder teurer einführen müssen, schon deshalb teurer, weil die Eisenbahntarife für die Einfuhr ungünstiger gestaltet sind als für die Ausfuhr. Das alles sind Momente, die eine Abänderung dieser Gesetzgebung dringend notwendig erscheinen lassen.

Der konservative Abgeordnete Graf Kanitz und der Abgeordnete Sped vom Zentrum suchten die Einfuhrscheine mit agrarischen Gründen zu rechtfertigen. Ersterer verteidigte sich zu der Behauptung, daß an den hohen Brotpreisen nicht die Landwirte schuld seien, sondern die Händler, die hohe Gewinne einstecken! Dabei vergaß Kanitz vollständig, daß wieder die Brot- noch die Mehlpreise so schnell gestiegen sind wie die Preise des Weizens.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärte, daß die Frage der Einfuhrscheine die „Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gelenkt habe“, er begnügte sich indes mit dem Versprechen, die Frage „beobachten und diese Beobachtung fortsetzen zu wollen“, da es sich um eine Sache handle, die nach ihrer Entstehungsgeichte nur mit der äußersten Vorsicht behandelt werden dürfe!

Diese Aeußerung läßt darauf schließen, daß die Regierung nicht beabsichtigt, die Bestrebungen auf Vinerzung der Getreideveruerung zu unterstützen. Aber schließlich wird sie sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung doch dazu verstehen müssen. Der freisinnige Antrag wurde der Budgetkommission überwiesen.

Die beiden letzten Sitzungen in verfloßener Woche wurden durch die erste Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches, in Anspruch genommen. Obwohl im Herbst dieses Jahres der Entwurf einer allgemeinen Revision des materiellen Strafrechts herauskommen soll, glauben die verbinigten Regierungen doch, jetzt eine teilweise Änderung eintreten lassen zu müssen. Ihr Entwurf bringt neben Verbesserungen eine bedrohliche Verschärfung. Die Verbesserungen sind erstens die Milderung der Strafen für Hausfriedensbruch sowie der Vereitelung der Zwangsvollstreckung und der Strafen für geringfügige Diebstähle aus Not, zweitens die Verschärfung der Strafen für Tierquälerei und die Erweiterung der Möglichkeit, die Mißhandlung von Kindern zur Verurteilung zu bringen.

Diesen Verbesserungen stimmen die Sozialdemokraten, deren Standpunkt der Abgeordnete Frohne in längerer Rede vertrat, grundsätzlich zu, vorbehaltlich natürlich der weiteren und gründlicheren Reform.

Weiter schlägt der Entwurf eine Änderung des Erpressungsparagraphen vor, den die Rechtsprechung bekanntlich seit Mitte der achtziger Jahre auch auf Sperren, Arbeitsentlassungen und die Drohung mit solchen angewandt hat. Mit dieser geradezu unerhörten Ausdehnung des Begriffes Erpressung will der Entwurf brechen. Aber statt seine Anwendung auf Handlungen, die nach § 152 der Gewerbeordnung erlaubt sind, ausdrücklich auszuschließen, will er gelten lassen, daß es als Erpressung auszuliegen ist, wenn der Inhaber einer solchen Ankündigung (Streikandrohung z. B.) vereinbarte Lohn „im Mißverhältnis zu dem wahren Wert der Arbeitsleistung steht und die Täter sich dessen bewußt waren“.

Abgeordneter Frohne unterzog besonders diesen Punkt einer eingehenden scharfen Kritik. Er führte unter anderem aus: „Daß der Gesetzgeber eine solche Ausdehnung des Begriffes der Erpressung nicht beabsichtigt hat, steht ganz außer Zweifel. Die im Entwurf vorgeschlagene Fassung des § 253 will den Tatbestand der Erpressung dem Tatbestande des Betruges in jeder Beziehung anpassen, insbesondere soll die Vollerfüllung des Vergehens erst dann eintreten, wenn das Vermögen eines andern tatsächlich geschädigt worden ist. Beachtenswert ist die Schlussbemerkung der Begründung, daß bei dem Zwange zum Abschluß eines gegenseitigen Vertrages für die Frage, ob eine Vermögensschädigung vorliegt, der Wert der beiderseitigen Leistungen in Betracht zu ziehen sei. Eine durch Drohung mit Arbeitsentlassung erlangte Lohnvermehrung würde also nur dann als Erpressung strafbar sein können, wenn der auf die Drohungen hin vereinbarte Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung steht. Es muß das größte Bedenken erwecken, daß die Entscheidung der Frage nach dem wahren Wert der Arbeitsleistung für die Feststellung des Begriffes Erpressung bestimmend sein soll. Welches ist dieser wahre Wert? Worin begreift er sich? Wie läßt er sich feststellen? Wer soll ihn feststellen? Man kann doch nicht eine streitige nationalökonomische Frage mit einer strafrechtlichen verquiden.

Dieser Fehler, der leicht die Handhabe zu Schlägern und ungerechter strafrechtlicher Behandlung von Arbeitern abgeben kann, darf nicht in das Gesetz hinein. Wer bürgt dafür, daß einzelne Gerichte nicht jede erhebliche Lohnvermehrung als im Mißverhältnis zur Arbeitsleistung ansehen werden. Was ist für den Arbeiter gewonnen, wenn er durch Drohung mit Arbeitsniederlegung nur eine unbedeutende Lohnvermehrung durchsetzen darf, aber befürchten muß, bei Erlangung eines im Vergleich zu früher wesentlich höheren Lohnes der Bestrafung als Erpresser zu verfallen. Unbedingt muß verlangt werden, daß dem § 253 eine Bestimmung hinzugefügt wird, wonach eine Handlung aus § 152 der Gewerbeordnung nicht als Erpressung zu erachten ist. Die Erfahrung lehrt, daß es notwendig ist, Dinge dieser Art im Gesetz zweifelslos genau und ohne daß sie Mißverständnissen ausgesetzt sind, festzulegen. Der Erpressungsparagraph darf nicht eine Waffe gegen die Arbeiter sein. Es darf nicht möglich sein, ehrenhafte Arbeiter, weil sie sich zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinigen, von Rechts wegen zu Erpressern zu stempeln. Das ist eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit, das ist die denkbar ärgste Verwegenheit, die Schändung eines gesetzlich gewährten Rechts.“

Auch die Redner der Nationalliberalen wandten sich gegen die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf koalitionsrechtliche Handlungen. Der Entwurf wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

In der Frage der Reichsfinanzreform sind praktisch auch jetzt noch nicht Fortschritte zu ihrer Lösung gemacht worden. Fürst Bülow hat Deputationen bürgerlicher Kreise empfangen, die ihm das Verlangen nach Beschränkung der Reform aussprachen. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er u. a. behauptete, daß „ganze Volk“ stehe in dieser Frage auf Seiten der Regierung. Fürst Bülow könnte aber doch wissen, daß die erbitterte Mehrheit des Volkes von neuen indirekten Steuern nichts wissen will! Im Reichstag wird man ihm seine Illusion gebührend antreiben.

Der Verband der deutschen Baugewerks-Berufsvereinigungen hat an den Reichstag eine Rundgebung zur Reichsversicherungsordnung gerichtet. Darin heißt es:

„Die Vorstehenden der Deutschen Baugewerks-Berufsvereinigungen können in der veröffentlichten Reichsversicherungsordnung eine Verbesserung der bestehenden Arbeiterversicherungsrechts nicht erblicken, auch nicht anerkennen, daß durch dieselbe eine klarere und vor allen Dingen verständlichere Fassung der Versicherungsgesetzgebung herbeigeführt wird. Dieselben können sich nicht davon überzeugen, daß durch die Reichsversicherungsordnung eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse erreicht werden würde.“

Die Petenten erblicken in verschiedenen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung „eine schwere Gefährdung der Berufsvereinigungen und der Unfallversicherung selbst“, so insbesondere in den Vorschriften, die die beabsichtigte Mitwirkung des Versicherungsamts bei der ersten Rentenfestsetzung und Entscheidung über Anträge auf eine Erhöhung, Herabsetzung oder Einstellung bestehender Renten betreffen. Ferner in der Erhöhung der Kosten.

Die Petenten urteilen ganz und gar vom Sonderinteressen-Standpunkt der Unternehmer. Diesen mißet der Entwurf wahrlich nicht zu viel zu; er verfährt mit ihnen sehr schonend.

Die Ereignisse in Konstantinopel haben die erwartete Wendung genommen. Es gelang den Jungtürken, eine den Meuturern weit überlegene Armee, deren Hauptbestandteil die mazedonischen Truppen bilden, zusammenzuziehen. Am 23. April begann das entscheidende Vorgehen dieser Armee von verschiedenen Punkten aus gegen die Stadt. Unter teilweise recht heftigen Kämpfen wurde der Widerstand der Sultanstruppen, den sie von ihrer Kaserne aus leisteten, gebrochen. Was von diesen Truppen nicht fiel, suchte sein Heil in der Flucht. Der Kampf endete sehr bald mit dem Siege der jungtürkischen Armee. Sie ist zur Stunde ohne Zweifel Herrin der Stadt. Nach den letzten uns vorliegenden Nachrichten wurde am Sonnabend früh auf dem stark besetzten Zildispasah, der Residenz des Sultans, die weiße Fahne gehißt. Ob sich der Zildis bereits ergeben hat und damit auch der Sultan in die Hände der Sieger gefallen ist, darüber bleiben die Nachrichten noch widersprechend.

Der Oberstkommandierende der jungtürkischen Armee, Marschall Schewket Pascha, erließ vor dem Einmarsch in Konstantinopel eine Proklamation, in der es heißt:

„Es ist beschlossen worden, unter den Truppen der kaiserlichen Garde, die gemeutert haben, denjenigen Soldaten Pardon zu gewähren, die ihr Verhalten bereuen und sich unterwerfen, und ohne Mitleid diejenigen streng zu bestrafen, die in der Meuterei verharren. In gewissen Städten sehen Personen, die durch Vorbestrafung haben, Gerichte in Umlauf, daß die vorerwähnten Streitkräfte mit der Absicht gekommen seien, seine Majestät, den Sultan abzufassen. Ich demiterte dieses Gerücht in aller Form. Aber ich versichere, daß, wenn infolge der Schritte der unwillkürlichen Personen unsere Truppen Anlaß zu ähnlichem

Borgehen haben würden, die Verantwortlichkeit für die Folgen gänzlich auf die Anstifter fallen würde."

Das Schicksal des Sultans erscheint immerhin als ungewiss. Nach weiteren Meldungen aus Konstantinopel und Saloniki ist die den Sultan betreffende Stelle in der Proklamation nur ein taffischer Zug; es soll Grund vorliegen, zu glauben, daß die Absetzung des Sultans erfolgen resp. wenn nötig, erzwungen werden wird. Das steht ja ganz ohne Zweifel fest, daß die Konterrevolution ein Streik des Sultans ist.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg (Sperre über die Schornsteinbaufirma Diedrich), **Bremen** (Streik in Oberneuland, Ellen und Worpsswede);

Schleswig-Holstein:

Flensburg (partieller Streik);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf), **Lüthowen** (Sperre über das Kalkwerk);

Brandenburg:

Nauen (Aussperrung), **Lehmin-Gammen-Gross-Kreuz** (Abwehrstreik);

Pommern:

Wolgast (Aussperrung), **Treptow a. d. Rega** (Sperre über Paul Wittke), **Bergen a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), **Neustettin** (Aussperrung), **Richtenberg-Franzburg** (Differenzen), **Pyritz**, **Schleselwein**, **Regenwalde** (Streiks);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Grudenz (Streik), **Königsberg** (Sperre über Harbach), **Gumbinnen** (Sperre über Matschulat), **Konitz**, **Vandburg**, **Marlenwerder** (Differenzen);

Königgr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Mülsen (Sperren über E. Meier in Ortmannsdorf und F. Dönn in Mülsen-St. Nikolaus), **Frankenberg** (Sperre über Winkler), **Schkeuditz** (Sperre über Reiwand in Cursdorf), **Tharandt** (Sperre über Burkhardt), **Borsdorf** (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Paritsch), **Pirna** und **Umgebung** (partieller Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Merseburg (Sperre über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), **Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf), **Aken** (Sperre über Karl Karthäuser), **Leititz** (Sperre über Friedrich Bönicke), **Brachwitz** (Sperre über Wilhelm Mennicke), **Dessau** (Abwehrstreik), **Coswig**, **Wettin a. d. Saale** (Streiks);

Schlesien:

Penzig (Sperre über den Neubau in der Putzlerschen Glashütte), **Bunzlau** (Sperre über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);

Thüringen:

Greunburg bei Eisenach (Streik), **Saalfeld a. d. S.** (Differenzen wegen Nichtinhaltung des Vertrages), **Ronneburg** (Sperre über Kretschmar), **Arnstadt** (Sperre über O. Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:

Ahlten b. Lehrte, **Greene**, **Münden**, **Sulingen**, **Walsrode** (Streiks), **Hannover** (Sperre über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerkes), **Schneverdingen** (Streik), **Landkreis Linden** (Aussperrung);

Lippe-Deimold:

Lemgo (Streik);

Westfalen und Rheinland:

Dynhausen (Sperre über das Eisenwerk „Weserhütte“), **Haspe** (Sperre über das Eisen- und Stahlwerk), **Langendreer** (Sperre über Gebr. Krämer), **Brackwede** (Sperre über Obloh), **Minden** (Sperre über Alkman in Obernkirchen), **Siegen** (Sperre über den Bau der Irrenanstalt in Herborn), **Gütersloh** (Aussperrung);

Hessen-Waldeck:

Büttelhorn, **Ems** (Streiks), **Bad Soden** (Sperre über den Unternehmer Christian);

Bayern:

Heilsbrunn (Streik), **Würzburg** (Sperre über Krapp);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Pforzheim (Streik), **Strassburg** (Sperre über Schüttler);

Fliesenleger:

Mülheim-Ruhr (Sperre über Möhlenbrück & Matheis), **Cöln** und **Düsseldorf** (Sperre über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **München** (Aussperrung);

Koellier und Steinhölzler:

Leipzig (Sperre über die Firma Friedrich Wilhelm Krasse, Moltkestr. 23), **Cöln** (Sperre über die

Korkolithwerke), **Chemnitz** (Sperre über Ziegner & Fritsche), **Hamburg** (Aussperrung), **Dresden** (Sperre über die Firma Rudolf Michel);

Oesterreich:

Asch (Streik);

Holland:

Volp und Züpfen (Aussperrung; Differenzen im ganzen Lande);

Aus Scharfmacherwerkstatt.

Münden, (Hannover).

Herrn Heinrich Wenzel, hier.

Seitens der hiesigen Unternehmer sind Sie beschiedentlich gebeten, um den Lohnkampf der Unternehmer zu unterstützen, darauf zu dringen, daß Ihre Bauausführender die an Ihrem Neubau auf der Elume arbeitenden Maurer entläßt. Leider haben Sie bisher dieser Bitte nicht entsprochen, und damit zum Ausdruck gebracht, daß Sie nicht geneigt sind, für die Unternehmer einzutreten, sondern ihnen den Lohnkampf zu erschweren. Da wir ja nicht in der Lage sind, in diesem Falle Ihnen Vorschriften machen zu können, so müssen wir aber doch daraus die Folgerung ziehen, daß wir dann gezwungen sind, unsern Bedarf an Sand und Zementwaren anderweitig zu decken. Dem Eintrande, daß Ihr Neubau infolge Streiks nicht bis 1. Oktober fertiggestellt werde, entgegnen wir, daß jeder von uns Ihnen gern helfen bezw. Leute geben würde, um die verlorene Zeit wieder einzufüllen. Wir erwarten deshalb auf das Bestimmteste, daß Sie Ihren Bauausführenden veranlassen, die beschäftigten Maurer zu entlassen.

Gedächtnisbott

Die vereinigten Maurermeister.

J. A. Adolf Pott Nachfolger.

Der Brief bedarf eigentlich gar keines Kommentars, denn er ist auch nur ein neuer Beweis für den längst bekannten Terrorismus der Unternehmer. Allerdings ein urkundlicher Beweis, und darum ist er des Aufhebens wert. Als die preussischen Arbeiter vor einem Jahre durchblinden ließen, daß sie bei den Händlern nicht mehr kaufen würden, die bei der Landtagswahl gegen sie stimmten, da wußte sich die bürgerliche Welt vor sozusagen stiller Entrüstung nicht zu fassen. Wenn Arbeiter sich weigern, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die sie an die Unternehmer verraten haben, dann kann man gar nicht Worte stark genug finden, um die Gewaltthatigkeit der roten Brüder, ihre „Barbarei“, ihre „Verhöhnung aller Gesetze und aller Ordnung“ zu brandmarken. Dies heuchlerische Gebaren! Haben denn die Arbeiter nicht einfach den Spieß umgedreht; haben die Arbeiter denn nicht erst den Terrorismus von den Unternehmern gelernt? Noch vor kurzer Zeit sind Arbeiter und Arbeitervertreter, die von Unternehmern Verwilleigung ihrer Forderung heischen, wegen Erpressung verurteilt worden; aber gegen Terroristen im Unternehmernlager, von der Art der „vereinigten Maurermeister“ in Hannover Münden ist noch nie ein Staatsanwalt eingeschritten. Und wenn irgend wo, dann wären doch hier in diesem Briefe die Merkmale der Erpressung in jenem Sinne gegeben. Doch merken wir es uns; wenn die Unternehmer solche Mittel anwenden, dann dürfen wir uns auch nicht genieren.

Gau Bremen.

Die Wausperren über die Firma Ehrlich in Wallhöfen sind aufgehoben, nachdem sich die Firma schriftlich bereit erklärt hat, die für das Lohngebiet **Osthol-Scharmeck** geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Wenn die Kollegen einmütig zustimmen, kann auch etwas erreicht werden. In **Obernau-Edellen**, Zweigverein **Bremen**, haben unsere Kollegen am 24. April die Arbeit eingestellt, da sich die Unternehmer weigern, den Bremer Tarif anzuerkennen. Die Bremer Unternehmer zahlen dort ohne weiteres den Bremer Stundenlohn und halten auch die Arbeitszeit inne. Das müssen wir auch von den Unternehmern in Oberneuland verlangen.

In **Weshta** haben am 23. April Verhandlungen über die Lohnfrage stattgefunden, die aber zu einem Resultat nicht führten. Die Unternehmer weigern sich ganz entschieden, in ein Vertragsverhältnis einzugehen, auch wollen sie eine Lohnerhöhung nicht zugeben. Nach den Äußerungen der Unternehmer besteht in Weshta eine Notwendigkeit zur Erhöhung der Löhne nicht, vielmehr soll dort das reine Eldorado für die Maurer sein. Der Unternehmer **Wannsing** sagte, der Herr Bürgermeister hätte auch gesagt, sie sollten sich auf nichts einlassen und so keinen Vertrag abschließen. Das nimmt in einem Orte nicht wunder, der mit lauter Zucht- und Gefühlsmanieren umgeben ist, wofür man nicht hinwegsehen kann. Unsere Kollegen werden den Unternehmern schon zeigen, daß ihre Waune nicht in den Himmel wachsen.

In **Wittmund**, wo am 15. Mai das Vertragsverhältnis ablautet, haben sich die Unternehmer nach einem Schreiben bereit erklärt, ein neues Vertragsverhältnis mit uns einzugehen. Hoffentlich kommt es dort zu einer Einigung.

In der **Münsterlande Worpsswede**, zum Zweigverein **Bremen** gehörend, wollen die Unternehmer nicht einsehen, daß unsere Kollegen einen Stundenlohn von 47 1/2 verdienen müssen. Unsere Kollegen werden den Unternehmern das nötige Verständnis in der nächsten Woche dafür beibringen, indem sie die Arbeit auf allen Bauten einstellen werden.

Gau Breslau.

In **Landeshut** haben die Kollegen in Gemeinschaft mit den Bauarbeitern und Zimmerern Forderungen aufgestellt. Im vorigen Jahre kürzten die Unternehmer den

Lohn von 35 auf 33 1/2. Im Oktober v. J. sandten sie dann dem Bauvorstande ein Schriftstück, einen Vertrag nannten sie es, und erluchten um die Unterzeichnung. Es wurde ihnen geantwortet, daß bei uns andere Geplagenheiten beim Abschluß von Verträgen üblich seien, und daß wir uns auf solche Sachen nicht einließen. Verhandlungen kamen indes nicht zustande. Es wäre auch ausgeschlossen gewesen, auf der Grundlage des Vertragsentwurfs der Unternehmer zu verhandeln, denn auch hier hätte sie den gekürzten Lohn von 33 1/2 für Maurer und 25 1/2 für Hilfsarbeiter angeboten. Außerdem hätten sie die Kündigungsfrist wohl für den Sommer vorgesehen, wollten sie aber für die Zeit von Oktober bis April abschaffen. Daneben sollte die elfstündige Arbeitszeit festgelegt werden. Unsere Kollegen fordern nun zehnstündige Arbeitszeit und 40 1/2 Stundenlohn. Wegfall der Kündigung und angemessene Zuschläge für die außergewöhnlichen Arbeiten. Es muß nun Sache der Kollegen sein, durch festes Zusammenhalten und eifrige Agitation die Durchführung zu ermöglichen.

Gau Cöln.

Aus dem Zweigverein **Barmen-Elberfeld** wird berichtet: Die Kollegen von **Belbert**, **Rebiger**, **Langenberg**, **Heiligenhaus**, **Wülfrath** und **Mettmann** treffen alle Vorbereitungen, um sich in diesem Jahre geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. In den genannten Orten hat noch nie ein Arbeitsvertrag bestanden, weil die Organisation bisher zu schwach war, um etwas durchzusetzen. Die Zustände sind infolgedessen noch vorfindlich; zehnstündige und elfstündige Arbeitszeit ist die Regel. Der Stundenlohn schwankt zwischen 48 und 52 1/2. Die Konjunktur verpricht in diesem Jahre gut zu werden. Schon jetzt ist viel Arbeit vorhanden, so daß schon viele Zugewinne dort Beschäftigung fanden. Die Organisation hat sich erfreulicherweise auch gut entwickelt, so daß man hoffen kann, daß es zu geeigneter Zeit gelingen wird, die Lohnfrage in den angestrebten Sinne zu lösen. Es wäre in der Tat eine Schande, wenn es uns hier nicht gelingen sollte, der Wille für der Unternehmer einen Niesel vorzulegen. Die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten sind hier so teuer wie in den benachbarten Großstädten, deshalb müssen wir auch dahin streben, die Einkommensverhältnisse denen der Großstädte anzupassen. In Aussicht genommen sind die Bestimmungen des Vertrages von **Barmen-Elberfeld**. Wenn nun dieser Plan verwirklicht werden soll, so ist notwendig, daß bei manchen Kollegen noch etwas mehr Kurage einzieht. Die Angst vor dem „Brothorn“ ist leider bei manchen noch sehr groß. Die größten Angstmeier sind bei der Firma **Krieger** in **Belbert** beschäftigt. Wohl erkennen sie an, daß etwas geschehen muß, aber selbst mitwirken möchten sie nicht, es könnte ja sonst der Meister etwas gewagt werden. Doch wollen wir hoffen, daß sich auch diese Kollegen ihrer Manneswürde entsinnen und nicht länger der Hemmschuh der **Belbert** Maurer bleiben werden. Kollegen! Es gilt, für über 300 Maurer bessere Verhältnisse herbeizuführen; deshalb lege keiner die Hände in den Schoß, bis es zu spät ist, sondern jeder sei ein Agitator für unsere Ziele.

Im **Landkreise Düsseldorf**, so wird uns vom dortigen Zweigverein geschrieben, haben es die Unternehmer, auch die, die dem Arbeitgeberverbande angehören, bis jetzt nicht für notwendig gehalten, dem im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrage nachzukommen. Es wurde für den Stadt- und Landkreis ein Stundenlohn von 60 1/2 bei neunzehnstündiger Arbeitszeit festgesetzt. Im Februar wurden die Unternehmer schriftlich zur Einhaltung des Vertrages aufgefordert, jedoch hat hierauf keiner von ihnen geantwortet. Der Arbeitgeberverband tut in dieser Sache ebenfalls nichts. Da die Bauwirtschaft im ganzen Bezirk günstig ist, so werden wir die Unternehmer in den nächsten Tagen, falls sie sich nicht noch eines besseren besinnen sollten, angreifen müssen. Wir erluchen die zureichenden Kollegen, bevor sie in Düsseldorf Arbeit annehmen, sich zunächst über etwa bestehende Sperren im Bureau zu erkundigen.

Am **Neubau der Landesstrananstalt in Herborn**, Zweigverein **Biegen**, kam es am 22. April zur Arbeitseinstellung. Tags zuvor wurden an dem einen Bau hier Kollegen entlassen. Die Kollegen sahen in der Entlassung eine Maßregelung. Es legten die an dieser Baustelle Beschäftigten am 21. April die Arbeit nieder. In einer abends abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, die Arbeit bei dem Unternehmer **Peter Wölger** aus **Münster** am folgenden Tage nicht wieder aufzunehmen. Diefem Beschlusse kamen sämtliche Kollegen nach, so daß von den mehr als 100 Mauern keiner zum Streikbrecher wurde. Am Freitag wurde zweimal mit dem Vertreter der Firma, Herrn **Wölger** jr., verhandelt, jedoch ohne Erfolg. Er weigert sich, eine Lohnerhöhung einzutreten zu lassen; daraufhin sind fast sämtliche Kollegen abgereist. Nur die zur Streikleitung notwendigen Kollegen sind noch hier. Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden. Es würde ihnen auch schlecht bekommen.

Gau Danzig.

In **Grudenz** ist es am 19. April zum Abwehrstreik gekommen. Trotz vielen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, von denen die Bauleitungen der beteiligten Arbeiterorganisationen systematisch ausgeschlossen wurden, konnte dieser von seinem einmal gefaßten Willen, die Löhne zu kürzen, nicht abgebracht werden. Es war der reize Höhe, wenn man unseren Kollegen zumute, im Sommer für den alten Lohn von 47 1/2 und vom 1. Oktober ab für 45 1/2 pro Stunde zu arbeiten und einen entsprechenden Tarif abzuschließen. Das war nämlich das Resultat der letzten Verhandlung am 17. April. An diesem Tage (Sonntag) erfolgten auch die ersten Lohnkürzungen, so daß die Erregung immer größer wurde und endlich am 19. April in der Versammlung in dem Streikbeschluss zum Ausdruck kam. Beschlossen wurde, bei allen Bundesmitgliedern die Arbeit niederzulegen. Gefordert werden 50 1/2 pro Stunde. Im Lohngebiet traten 24 Unternehmer in Betracht, davon 10 organisiert. Garabiet haben im Lohngebiet 221 Maurer vor dem Streik. 8 Unternehmer haben die Forderung bewilligt; dort arbeiten 128 Kollegen. Demnach befinden sich noch 96 im Auslande. Die Unternehmer suchen durch Annoncen im „Geistigen“ Arbeitskolonnen nach **Grudenz** zu ziehen. Bis jetzt arbeiten keine Streikbrecher. Unsere Kollegen glauben mit aller Bestimmtheit an einen Sieg. Zuzug ist nach **Grudenz** streng fernzuhalten.

Der sehr in die Länge gezogene Tarifabschluss in **Königsberg** ist am 14. April endlich erfolgt. Damit ist ein Zustand in Königsberger Baugewerke beseitigt, der sich für alle Beteiligten, sowohl für die Unternehmer wie für uns, zur unersättlichen Qual herausgebildet hatte. Vorläufig aus diesem fünfjährigen Ausnahmezustand hat allein der christliche Verband gezogen, der bis zum 9. April darauf bestand, daß nur Christliche durch den Arbeitsnachweis Arbeit erhielten. Aber am 10. April wurde der Mann gebrochen, der so lange über uns Mitglieder verhängt war von dem Arbeitgeberverband in Gemeinschaft mit dem christlichen Bauhandwerkerverband. Zweigverein Königsberg, weil sich unsere Kollegen vor fünf Jahren erlaubt hatten, für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen in einen Kampf einzutreten. Wie viel Freude die Beseitigung dieses Ausnahmezustandes bei der Verwaltung des Arbeitsnachweises ausgelöst hat, erzählt Herr Laufer selber am 14. April. In feierlicher Weise, so sagte er, ist die Aufhebung der Sperre von ihm im Arbeitsnachweiskontor erfolgt. Als wir darauf hinzugingen und Freude herrschte in Troja's Hallen, war Herr Laufer erhaucht über unsere genaue Kenntnis der Stimmung seiner Beamten. Der Arbeitsnachweis ist also für unsere Kollegen offen. Der Arbeitgeberverband hat die Erklärung unterschrieben, niemanden der Arbeit durch den Arbeitsnachweis nehmen will, davon auszuscheiden und seinen Organisationszwang auszuüben; falls sich gegen welche Unstimmigkeiten in der Verwaltung herausstellen sollten, soll die Schlichtungskommission eingreifen. Wir versicherten uns, während der Vertragszeit den Arbeitsnachweis weder zu sperren, noch zu beschränken. Unsere Mitglieder werden jetzt im Arbeitsnachweis unbefristet gelassen, kommen schnell in Arbeit und langsam aber sicher findet die Abwanderung aus dem christlichen Lager statt. Es wird nicht mehr lange dauern und der christliche Verband hat seine dominierende Stellung in Augsburg endgültig verloren. In unsern Mitgliedern wird es liegen, diese Entwicklung mit allen Mitteln zu fördern.

In dem letzten Bericht über die Bewegung in **Insterburg** schreiben wir, daß der Arbeitgeberverband 2 1/2 Lohnerhöhung demüßigt habe, wir aber noch 1 1/4 dazu erheben wollten. Das letztere ist uns am 16. April gelungen. Es kam ein zweijähriger Tarif zustande. Der Lohn wird sofort von 45 1/4 auf 47 1/4 und zum 31. Juli d. Ss. auf 48 1/4 erhöht. Auch die übrigen Bestimmungen des Tarifs sind als gut zu bezeichnen. Die nachfolgende Versammlung nahm den Tarif einstimmig an.

Auch in **Goldap** ist der Insterburger Tarif von den dortigen Unternehmern am 16. April akzeptiert worden. Sie verlangten nur die Aufnahme der Bestimmung, daß kein Goldapener Maurer billiger in privat arbeiten darf, als der Tariflohn beträgt, und daß eine aus Goldapener Unternehmern und Maurern gebildete Schlichtungskommission etwaige Streitigkeiten erledigen soll. Unsere Kollegen, die wegen des an diesem Tage (16. April) herrschenden Schneesturmes nicht arbeiten konnten — es fiel in zwei Tagen etwa ein halber Fuß Schnee —, harren ungeduldig auf den Ausgang der Verhandlungen und nahmen den Tarif einstimmig an.

In **Lyda** ist am 18. April über einen neuen Tarif verhandelt worden. Hier betrug der Stundenlohn 47 1/4. Nach heftiger Gegenwehr der Unternehmer gelang es uns doch, ihnen Zugeständnisse abzurufen. Sie bewilligten zum 29. April ab 1 1/4 Lohnerhöhung und vom 1. Juni 1910 ab 2 1/4. Der Stundenlohn wird demnach in Lyda in diesem Jahre 48 1/4 und im Jahre 1910 50 1/4 betragen. Da die Versammlung am 17. April uns Vollmacht erteilt hatte, einen Lohnvertrag abzuschließen, wenn er eine Lohnerhöhung bringt, so hoffen wir, daß auch dieser Tarif einstimmig angenommen wird.

In **Orielesberg** lehnt es der „Obermeister“ ab, mit uns einen Tarif abzuschließen. Eine Versammlung, die am 20. April tagen sollte, mußte wegen der geschickten Graubäuer Bewegung vertagt werden.

In **Sensburg** ist die Aufbesserung des Tariflohnes um 2 1/4 am 1. April glatt erfolgt. Der dortige christliche Verband ist wegen Unterzahlung des Kassierers aufgekauft. Der Kassierer soll 4 54 Lokalflügler und 4 150 Unterflügler für sich verbraucht haben. Die letztere Summe wurde Herrn Baugewerke zum Hauptvorstand aus Verleih für die Familie seines Bruders zugewandt, der während des letzten Streiks in Sensburg als Streikbrecher arbeitete und in dieser Eigenschaft unsern damaligen Kassierer, Kollegen Böschke, mit dem Messer bearbeitete, wofür er ein halbes Jahr Gefängnis aufgebunnen erhielt. Eine neue Familie! Die andern Mitglieder der christlichen Organisation sind zu uns übergetreten. Eine Lohnerhöhung um 2 1/4 ist am 1. April erfolgt.

Die Unternehmer in **Ostere 2. Olyp** lehnen solange Verhandlungen ab, bis wir erklären, mit der geplanten Lohnkürzung einverstanden zu sein. Mehr kann man noch wirklich von uns nicht verlangen. Die Unternehmer in Ostere werden sich etwas Zeit lassen müssen.

In **Marientwerder** ist ebenfalls die Lohnerhöhung auf 60 1/4 pro Stunde am 1. April glatt erfolgt. Nur ein kleiner „Wutler“, der sechs Maurer beschäftigt, beabsichtigt aus der Reihe zu langen. Nachdem wir festgestellt haben, daß dieser Mann mit Namen Pösch dem Arbeitgeberverbande nicht mehr angehört — er wurde wegen Schulden gefangen — werden wir mit ihm ein erstes Abreden haben. Geheimerzt hat den Unternehmern die Lohnerhöhung. Nach § 9 des Vertrages sollen unsere Kollegen bei Privatbau 30 1/2 Lohnaufschlag verlangen. Nun hat sich ein Wäckermeister einen Polier angenommen und dieser stellte Maurer ein, zahlte den Tariflohn, so daß man annehmen konnte, er sei Unternehmer. Die Mitglieder des Unternehmerverbandes sprachen ihrem Kollegen aber die Unternehmervollqualifikation ab und verlangten, unsere Mitglieder sollten mehr Lohn verlangen. Wir brachten aber eine schriftliche Erklärung des Wäckermeisters bei, daß er die Arbeiten an einen Unternehmer vergeben habe, und erklärten damit die Sache für uns für erledigt. Ob die Meister noch etwas unternehmen werden, glauben wir nicht, damit dürfte auch dieser Streikfall erledigt sein.

Die **Königlicher** Unternehmer, die sich bräutchen, die Erhöhung des Tariflohnes und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit einreden zu lassen, haben sich anders besonnen und ihre eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Ohne das mannhafte Auftreten der Königer Verbandsmittelglieder wäre höchstwahrscheinlich der Umschwung des Willens der Unternehmer schwerlich erfolgt.

In **Heidenberg** schreitet die Bewegung rüstig vorwärts. Nur wenige Unternehmer sind noch vorhanden, die den Tarif noch nicht unterschrieben haben. Die Kollegen fordern 50 1/4

Stundenlohn. Hoffentlich gelingt es noch auf friedlichem Wege, den Widerstand der Unternehmer zu brechen.

In **Strasburg i. Westph.**, wo sich die Baulistigkeit in diesem Jahre ziemlich gut einstellt, ist die fällige Lohnerhöhung von 2 1/4 prompt erfolgt.

In **Marientburg** signen die dortigen Unternehmer immer noch auf dem hohen Posten und weisen jede Verhandlung zurück. Sie glauben wahrscheinlich, daß bei der augenblicklich nicht guten Konjunktur solche Extralöhne erlauben zu dürfen. Die Baulistigkeit wird sich bessern und dann reiten wir.

Ganz aus dem Häuschen scheinen die Herren Unternehmer in dem schönen **Rafel**, Zweigverein **Bromberg**, zu sein. Sie sandten uns auf unsere Forderung von 5 1/4 Lohnerhöhung pro Stunde — der Lohn betrug bisher 40 1/4 und soll auf 45 1/4 erhöht werden — einen Tarif, der neben einigen Verschlechterungen gegen den alten Tarif die alten Lohnsätze vorsieht, mit dem Ultimatum, bis zum 26. April zu erklären, ob wir ihren Tarif annehmen. Wenn nicht, so soll am 27. April die Löhnerhöhung der Gesellen stattfinden und am 28. April die Arbeit auf allen Baustellen eingestellt werden. Am 27. April soll aber noch einmal verhandelt werden. Sollten die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigen, so kann es kommen, daß am 28. April die Bauarbeit in Rafel ruht.

Der Unternehmer **Matthias** in **Gumbinnen** glaubt es nicht nötig zu haben, den vertraglichen Lohn von 48 1/4 zu zahlen, sondern zahlt 2 1/4 weniger. Da ihn alle glücklichen Versuche nicht bewegen konnten, sich an dem Tarif zu halten, so wurde über seinen Bau die Sperre verhängt. Da die Gumbinner Kollegen bei andern Firmen, die alle den Tarif innehalten, genügend Arbeit finden, so haben wir wenig Gile mit der Erledigung der Sache.

Gau Dortmund.

Auf eine eigne Weise versuchte sich die Firma **Grübler** Crämer in **Langendreer**, Zweigverein **Bochum**, um die Zahlung des vertraglich festgelegten Lohnes zu brühen. Die Firma teilte den im Winter in ihre Heimat kehrenden Kollegen mit, daß sie, wie immer, so auch dieses Jahr herzlich willkommen seien, aber sie würden in Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nur 52 1/4 statt 55 1/4 zahlen. Unser Kollegen nahmen von dem Hinweis auf die 52 1/4 wenig Notiz — die Zahlung des Lohnes zu regeln, war ja schließlich Sache der Organisation, der sie angehören — und kamen wohlgeut hierher. Bestimmt trat nun ein, was angeündigt war: die Kollegen bekamen 52 1/4 ausbezahlt. Aber eben so bestimmt verlangten die Kollegen die Zahlung der 55 1/4. Bei wiederholten Vorstellungen begnügte Herr Crämer sein Verhalten damit, daß er zunächst genannte Antikündigung gegeben habe und überhaupt nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes sei. Daß die Sache mit dieser Begründung nicht erledigt sein konnte, ist klar. Ob die Firma Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, kümmert uns in diesem Falle nicht. Jedenfalls sind wir organisiert und deshalb verpflichtet, für Innehaltung des Vertrags zu sorgen. Aus diesem Grunde haben denn auch die Kollegen am 16. April einstimmig die Kündigung eingereicht; seit dem 23. April ist die Firma gesperrt.

Gau Dresden.

In **Königsrein** (Zweigverein **Pirna**) sind die Bauten des Baumeisters **Goppel**, in **Wilsdorf** und die Bauten von **Schubert** gesperrt. Erledigt durch Bemittlung sind die Sperren bei **Ulrich** in **Pirna**, bei **Nieble** in **Zeßkau** resp. **Borna**, bei **Uhlmann** in **Stolpen**, bei **Demmler** in **Müglitz**, **Seidenau** und **Dohna**, bei **Drege** in **Madeburg**, bei **Burkhardt** in **Tschanditz** und **Chrig** in **Punnersdorf** bei **Ottendorf**. In **Pommagitz** ist die Durchführung des Vertrags friedlich möglich gewesen. In **Strehla** wollen sich die Unternehmer auch nicht an den Vertrag halten. Es wird daher vom Streik geübt werden müssen.

Der Zweigverein berichtet, daß sich der Arbeitgeberverband in einem Schreiben an den Bauortstand bereit erklärt hat, zu verhandeln, aber nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das Urteil des Schiedsgerichts zu Unrecht bestehe. Gleichzeitig wurden sich die Unternehmer in dem Schreiben um die Lohnerhöhung herum, was aber für uns die Wichtigste ist. Des weitern wünscht der Arbeitgeberverband, daß keine Baupläne verhängt werden, bis das Oberlandesgericht das Urteil gefällt habe. Wie es scheint, haben die Sperren bei **Ulrich**-Pirna, **Mühle**-Zeßkau und **Demmler**-Müglitz dem Arbeitgeberverband einen Schaden in die Glieder gejagt. Diese Sperren sind, nachdem die drei Unternehmer demüßigt haben, beendet worden. Auch die Sperre bei **Uhlmann**-Stolpen, der nicht dem Arbeitgeberverbande angehört, ist beendet, da **Uhlmann** die 8 1/4 demüßigt hat, allerdings nur für einen Teil der in Frage kommenden Ortschaften. Es wäre auch hier für alle Orte der Lohn gleichmäßig durchzubrühen gewesen, wenn die Kollegen etwas besser standgehalten hätten; denn gerade **Uhlmann** ist einer von den Unternehmern, denen es auf einen Wortbruch mehr oder weniger nicht ankommt. Sehr zu bedauern ist, daß sich die Kollegen beim Baumeister **Dreßler**-Sohnstien haben verleben lassen, einen Vertrag zu unterschreiben, wonach sie sich bereit erklären, zu dem alten Lohn weiter zu arbeiten. Nur der Kollege **Schäfer**-Debra hat sich gemauert und der ist dann entlassen worden. Es wird jedoch versucht werden, auch in diesem Falle unsere Forderung sowie die Wiedereinstellung des Kollegen **Schäfer** durchzubrühen.

Gau Frankfurt a. M.

In **Lich** bei **Gießen** hatten die Maurer mit den dortigen Unternehmern am 1. April 1907 einen Vertrag abgeschlossen, der bis Ende April 1909 Gültigkeit haben sollte. Falls eine Änderung von einer Seite gewünscht wurde, mußte der Vertrag bis zum 31. Januar 1909 geändert werden. Die Maurer nahmen von einer Änderung für dieses Jahr Abstand und wollten sich in Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage noch ein Jahr mit dem festgelegten Lohne zufrieden geben, obwohl bessere Löhne bei den teuren Zeiten sehr notwendig wären. Die Unternehmer dagegen nutzten die jetzige schlechte Zeit aus. Zwei Meister änderten die Lohnsätze, ohne zu kündigen; zwei andere kündigten zwar, markierten aber den vereinbarten Termin nicht ab, sondern kürzten die Löhne um 4 und 6 1/4 die Stunde. Für die Unternehmer, die den Tarif nicht

geündigt haben, hätten die bisherigen Arbeitsbedingungen auf ein weiteres Jahr gelten müssen. Die Herren fragen aber nicht nach dem, was sie eigenständig unterzeichnen haben, sondern setzen einfach die Löhne herab. Bemerkenswert ist noch, daß die Firma **Gebr. Jey**, deren zwei Inhaber früher selbst dem Maurerverband angehört und in den Reihen der Arbeiter für Besserung der Arbeitsverhältnisse mitkämpften, sich dann vor zwei Jahren selbstständig machten; jetzt ebenfalls mit in das Unternehmernhörn tuten und Lohnrückdrücke betreiben. Sie haben die Stunde 4 1/4 abgezogen, das macht auf einen Lohnsatz 4 1/4 80. Und das sollen sich die Arbeiter gefallen lassen! Wen ein derartiges Vorgehen nicht empört, der müßte doch im höchsten Grade stumpfsinnig sein. Man sieht hier wieder, wie notwendig eine geschlossene Organisation ist, die auch in Zeiten schlechter Geschäftslage instand ist, eine Verschlechterung der Löhne zu verhindern. Natürlich werden die Arbeiter diesen Tarifbruch der Unternehmer nicht ruhig hinnehmen, sondern Maßnahmen treffen, den Angriff der Unternehmer abzuwehren. Unter ihnen steht die Interessen der Mitglieder zu wahren wissen, wenn die Arbeiter selbst ihre Schuldigkeit tun.

In dem weitbekannten **Waldort** **Embs** werden die Maurer geradezu kundschaftlich schäftet. In diesem Orte, wo, wie in den meisten Orten, alles recht teuer ist, bezahlt man die Maurer mit 32 bis 38 1/4. Die meisten erhalten jedoch den niedrigeren Satz. Die dortigen Kollegen waren bis vor kurzer Zeit gar stille Leute. Für die Organisation war es nicht zu haben, sie insofern besserie sich auch ihre Lage nicht. Jetzt haben sie insofern die Organisation angehängelt und nun fordern sie 42 1/4 Stundenlohn und die Kollegen 42 1/4 Stundenlohn und die Kollegen 42 1/4 Stundenlohn. Bei den Unternehmungen war wohl über die andern Punkte, aber nicht über den Lohn eine Einigung zu erzielen. Am 20. April sollte noch einmal verhandelt werden. Aber die Unternehmer hatten sich vorher verständigt und sandten an diesem Tage der Organisationsleitung folgendes Telegramm: „Alle Forderungen sowie jede weitere Verhandlung abgelehnt. Vereinzelt Unternehmer.“ Somit waren die Kollegen vor die Entscheidung gestellt und beschloß die Arbeitsunterbrechung. Leber bekamen die Kollegen in **Embs** Angst und blieben stehen, während die Kollegen aus der Umgebung, die Arbeit niedrigeren. Die Embs sagten immer: Die Maurer (gemeint sind die Kollegen aus der Umgebung) sind schuld an den schlechten Löhnen, die können billiger arbeiten, weil sie Feld haben. Den Vauern ist der Lohn zu gering, aber die nun Städter arbeiten weiter und spielen den Maurer für die Unternehmer in günstigen Augenblick, wo es gilt, eine Erhöhung des Lohnes zu erzwingen. Die Arbeit war wohl nicht übermäßig, doch drängte sie, weil sie bis zu Beginn der Saison am 1. Mai fertiggestellt sein soll. Gärten sich nun die in **Embs** wohnhaften Kollegen mit den Kollegen der Umgebung solidarisch erklärt, so wäre der Vorteil auf Seiten der Arbeiter gewesen, und die Unternehmer hätten wohl oder übel einen Vertrag mit uns abschließen müssen. Jedoch, aufgehoben ist nicht aufgehoben. Die Kollegen der Umgebung haben beschlossen, dem ungünstigen **Embs** den Rücken zu kehren und anderweitig in Arbeit zu treten. Sie hatten es für eine Schmach, unter den obwaltenden Umständen noch länger in **Embs** zu bleiben. Aber auch auf die Zurückbleibenden dürfte das Vorgehen der Unternehmer eine heilsame Wirkung ausüben. Die streikenden Kollegen haben durch ihre Abreise den Beweis erbracht, daß sie ernstlich gewillt sind, dahin zu wirken, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in **Embs** besser werden. Begreifen nun die Kollegen in **Embs**, daß es nur bei ihnen selber liegt, eine Besserung zum Besseren herbeizuführen, und schließen sie sich ebenfalls dem Verbande an, so kann mit der kommenden Herbstkonjunktur der Wahn der Unternehmer vom „Herrn im Hause“ geändert werden und ein Vertrag zustande kommen, der den Kollegen wesentliche Vorteile bringt.

Gau Hamburg.

Die Unternehmer in **Segeberg** hatten den Tarif geündigt und gleichzeitig unsern Kollegen einen einseitig ausgearbeiteten Tarif unterbreitet. An diesem vorgeschlagenen Tarif hatten die Kollegen noch einiges auszusetzen und sie beantragten aus diesem Grunde eine Verhandlung. Die Herren Unternehmer lehnten jedoch jede Unterhandlung ab und verlangten innerhalb weniger Stunden die Unterschrift zur Anerkennung des Tarifs, im andern Falle drohten sie eine allgemeine Aussperrung an. Die Kollegen haben es zunächst auf die Ausführung der Androhung ankommen lassen. Die Unternehmer aber haben sich in letzter Stunde noch eines andern besonnen und haben sich zur Verhandlung bereit erklärt. Nun wurde eine Einigung erzielt und der Tarif beiderseits anerkannt.

Am 21. April tagte in **Neumünster** eine ordentliche Versammlung der Zwangsinsung für das Baugewerbe. Außer mit dem Ein- und Ausfahren der Beschlüsse beschäftigte sich diese Versammlung mit dem Obermeistertrag, der kürzlich in **Neumünster** tagte, und was für uns von besonderem Interesse ist, mit der Beschlußfassung über die Festlegung der Verpflichtung der Innungsmittelglieder, ihre Arbeitskräfte nur durch den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes zu beziehen. Zu dieser etwas länglichen Tagesordnung wurde beschlossen, die Arbeitskräfte, Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer, nur durch den Arbeitgeberverband zu beziehen. Der Arbeitsnachweis soll in **Hamburg** gehandhabt werden. Der Beschluß wurde mit 22 gegen 16 Stimmen angenommen und soll sofort in Kraft treten. Ein großer Teil der Mitglieder war nicht anwesend, aber was kümmert das unsern Schatzmeister **Roweder**. Der Beschluß ist einmal durchgedrückt und um die Durchführung braucht man nicht besorgt zu sein, dafür sorgen die Dreißigtägigen der Schatzmeister und die Summe der Mitglieder der Zwangsinsung, die den Beschluß wohl als eine Verletzung ihrer persönlichen Freiheit empfinden, aber sich gegen solche auf gesetzlichem Wege nicht durchführbare Beschlüsse nicht zu wehren wissen. Ob sich unsere Kollegen noch weiteres diesem Beschlusse fügen werden, steht vielleicht noch auf einem andern Blatte.

Im **Zweigverein Hamburg** wird uns über die am 22. April abgehaltene Mitgliederversammlung, die sich in der Hauptstadt mit dem Ergebnis der Unterhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Unternehmern organisierten beschäftigte, berichtet: Wenn schon der Ent-

Im Landkreise Binden hatten wir im Jahre 1907 einen Vertrag für circa 50 Orte mit 11 Bohnklassen auf ein Jahr abgeschlossen, den wir im vorigen Jahre auf ein weiteres Jahr

Die Unternehmer in **Trendelenburg** wollen immer noch nicht von einem Vertrage wissen; denn die heute ist uns noch keine Mitteilung gemorden, daß sie gewillt seien, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Mit der gegenseitigen Arbeitszeit haben sie sich abgefunden, und einige Pfennige Lohnbesserung sind gekommen, doch ist der Tagesverdienst noch nicht so hoch, wie er bei der elfstündigen Arbeitszeit war. Der Unternehmer Haberland wollte uns Mitteilung machen, im April die Verhandlungen wieder aufzunehmen, er hat es aber nicht getan. Unsern Vorgesetzten, der bisher beim Unternehmer Rastke in Arbeit stand, hat er an sich gezogen und zahlt ihm nun den geforderten Lohn. Der Unternehmer Hoff findet Vergütungen daran. Von anderen Unternehmern' Arbeit

zu übernehmen und diesen eine Abhandlung zu zahlen. In seine Arbeiter denkt er dabei nicht, diesen hat er bisher den Lohn noch nicht erhöht. Im Gegenteil, jedem, der bei ihm vorstellend wird, antwortet er: „Wenn ihr nicht wollt, lasse ich mich nicht stellen.“ Das dies zu seiner Mühle im Gewerbe führen kann, liegt nahe. Die Herren sollen aber später nicht wieder klagen, daß wir unsere Forderungen früher einreichen sollten. Wir sind ihnen bis auf den letzten Cent entgegengekommen, sie wollten nicht. Wir finden uns vorläufig damit ab, bei günstiger Zeit werden wir wieder erscheinen, aber in anderer Form. Unsere Kollegen wissen, was sie bis dahin zu tun haben.

In dem aufstehenden Industrieort **Tangerhütte** sind die Verhältnisse im Berggewerbe auch unbedingt verbesserungsbedürftig. Wenn es bis heute noch nicht geschehen ist, so liegt ein Teil Schuld mit an den hiesigen Kollegen, die es nicht verstanden, mit zu helfen, bessere Verhältnisse zu schaffen. Dies ist nun anders geworden, die Kollegen haben sich ohne Ausnahme dem Verbande angeschlossen und trachten nun schon lange darnach, den Lohn zu erhöhen und auch für andere sanitäre Einrichtungen zu sorgen. Eine Verammlung beauftragte den Gewerkschaftsleiter, die Sache in die Wege zu leiten. Mit dem Unternehmer wurde vereinbart, am 22. April eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten. Der Vertreter des Gewerkschafts brachte die Wünsche unserer Kollegen vor, die hauptsächlich auf 42 1/2 Stundenlohn für das Jahr lauten. Dies war den Unternehmern zu viel, es wäre sehr nicht der geeignete Zeitpunkt, denn die Arbeiten wären alle abgeschlossen. Letztendlich mußten sie zu einer Lohnsteigerung die Genehmigung ihres Vorstandes einholen. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, um so mehr, da uns der Unternehmer Bogen versprochen hat, bis zum 28. April eine weitere Sitzung zu veranstalten.

In voriger Nummer des „Grundstein“ hatten wir schon darauf hingewiesen, was für besondere Unternehmern in dem altmärkischen Städtchen **Salze a. d. W.** sind. Die Rede zu fassen, Ausländer in diesen frommen Landstrich zu ziehen, hatten sie im vorigen Jahre vortrefflich verstanden. Mit vielen Hoffnungen gingen wir nicht in die Sitzung am 23. April, weil uns die erste Sache befiel, daß auch diese Unternehmern zu anderen Gewerkschaften ergogen werden müssen. Der Unternehmer Bland war gar nicht erschienen. Er hatte seine Mauer, die nicht dem Verband angehören, bei der letzten Lohnzahlung gefragt: ob sie mit dem Lohn zufrieden wären. Diese gemühten Kollegen hatten sich zu geantwortet, deshalb hatte die Angelegenheit für ihn keine Bedeutung mehr. Den organisierten Kollegen wollte er dann einige Pfennige zulegen. Der Unternehmer Miggel war erschienen; mit seinem Verbandsvorstand hatte er sich aber auch nicht in Verbindung gesetzt, woraus wir folgern, daß auch für ihn die Angelegenheit noch wenig Bedeutung besitzt. Er kam denn auch mit den alten Einwendungen; die Konkurrenz der übrigen Unternehmern, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter, alles das mußte herhalten, unsere Forderung abzulehnen, obwohl gerade über ihn gehörig von den übrigen Unternehmern gelaßt wird, daß er es sei, der die Preise so ungesund brüde. Der Unternehmer Wenzelberger äußerte sich gar nicht; wir verstanden es ihm auch weiter worden, sich als Unternehmern zu etablieren, weil auch ihm, der bisher bei Bland Boller war, der Lohn gekürzt werden sollte. Also die Unternehmern lehnen jede Forderung ab. Sie wissen, mit welchen Arbeitern sie zu tun haben. Die Masse unserer Kollegen ist noch nicht organisiert, deshalb suchen sie auch nach allerlei Ausflüchten. Hier heißt es für uns auf den Posten sein. Kollegen, im vorigen Jahre hat man euch gezeigt, wie es gemacht wird, wenn ihr nicht organisiert seid. Die Unternehmern haben euch weiter gezeigt, daß sie höheren Lohn zahlen können, an Ausländer natürlich. Ihr, als Steuerzahler, sollt weiter freunden in den traurigen Verhältnissen. Wenn ihr das wollt; an euch liegt es, die Verhältnisse zu bessern. Deshalb alle hinein in die Organisation!

Gau Mannheim.

Aus **Pforzheim** wird berichtet, daß dort am 19. April die Mauer den Streik beendeten und zum größten Teil die Arbeit niedergelegt haben. Am zweiten Streiktag wurde durch Baueinsicht kontrolliert, daß nur 43 Arbeiter, 19 Gesellen und 34 Lehrlinge an der Arbeit geblieben waren; die Zahl der Streikenden betrug 264; eine große Anzahl von Kollegen scheint ohne Kontrolle abgereist zu sein, denn vor Beginn des Streiks waren 428 an Arbeit. Der bisherige Tarif ist am 31. März d. J. abgelaufen; die Unternehmern hatten ihn geändert in der Absicht, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Mauer dagegen fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 54 auf 60 1/2, wöchentliche Lohnzahlung (bisher vierteljährig), die Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden wöchentlich von 80 auf 58 Stunden (Montags eine Stunde später Arbeitsanfang, und Samstags eine Stunde früher Schluss) und Regelung der Arbeitszeit im Winter. Vor der ArbeitsEinstellung haben einige Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und Unternehmern stattgefunden, wobei sich die letzteren sehr schroff ablehnend verhielten. Der letzte Sitzung wünschte der Vorstands des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe, Doppelers-Freiburg, bei, der mit Goldmann-Pforzheim erklärte, daß an eine Vermittlung der Forderungen gar nicht zu denken sei. Die Herren find angeblich der Meinung, daß mit der Vereinbarung des Vertragsmittlers und der Annahme des Schiedsspruches in Berlin jede Lohnforderung und deren Durchsetzung mittels Streiks unzulässig sei, sofern der Stundenlohn nach dem 1. April 1906 erhöht worden ist. Zu dieser Annahme bietet aber der Schiedsspruch gar keine Handhabe. Als die Unternehmern mit ihrer allzu künstlichen Auslegung des Schiedsspruches bei den Arbeitervertretern kein Glück hatten, brachen sie die Unterhandlungen ab. Schon damals war große Stimmung in den Kreisen unserer Kollegen, die Arbeit sofort einzustellen, was jedoch in Anbetracht der noch nicht übersehbaren Bauwirtschaft nicht ratsam erschien. Das hat sich inzwischen geändert. Die Streikenden sind der festen Hoffnung, daß sie, wenn auch mit schwerem und langem Kampfe, den Sieg davontragen werden. Zwei Firmen haben alsbald nach der ArbeitsEinstellung die Forderungen bewilligt. Nach einer Mitteilung der „Freien Presse“ soll ein Unternehmern 500 italienische Arbeiter aus der Schweiz und Italien „beordert“ haben. Drei Unternehmern sind angeblich abgereist, um die ausländischen Arbeiter heranzuführen. Die Streikenden werden den Dingen natürlich nicht mäßig zusehen.

Gau München.

Von **Mugstburg** wird berichtet, daß der Unternehmern **Gebeisen** in **Haunfetten** statt des Tariflohnes von 48 1/2 nur 45 1/2 Stundenlohn zahlte. Es wird erwartet, daß sein Kollege bei diesem Unternehmern in Arbeit tritt.

Gau Nürnberg.

In **Damberg** haben unsere Kollegen den Unternehmern eine Lohnforderung, in der 48 1/2 pro Stunde verlangt werden, zugehen lassen. Desgleichen sollen für Lieberstunden und sonstige Arbeiten Zuschläge gezahlt werden. An der Forderung sind auch die Bauhilfsarbeiter beteiligt, für die neben andern 38 1/2 Stundenlohn verlangt werden. Der hiesige Verband hat mit uns gemeinsam die Forderung aufgestellt und eingereicht.

In **Seilsbrunn** endete der Streik mit einem Siege der Kollegen. Die Unternehmern, die sich vorher auf hohe Löhne setzten und die Arbeiter auf zwei in höflicher Form abgefaßte Schreiben seiner Antwort würdigten, waren gezwungen, in der zweiten Woche des Streiks bei den Arbeitern bezug. Bei deren Organisation und Unterhandlungen nachzugehen, die auch stattfinden und zu einem Vertragsabschluss führten, worin im Durchschnitt eine Lohnsteigerung von 8 bis 5 1/2 pro Stunde Zulage gewährt werden, für Lieberstundenarbeit 25 und für Nacht- und Sonntagsarbeit 60 p. Hier zeigt sich so recht, was sich durch Einigkeit der Arbeiter selbst bei mittelmäßiger Bauwirtschaft auch in den ländlichen Gegenden erreichen läßt. Nach ein Vorurteil während des Streiks wollen wir erwähnen. Der Unternehmern A. hatte während des Streiks mit noch zwei kleinen Kautern selbst zu Hammer und Säge gegriffen. Aber als die drei Bauhilfsarbeiter am andern Tage zur Baustelle kamen, mußten sie die Wahrnehmung machen, daß ihre Arbeit, die sie tags vorher fertigten, über Nacht eingestürzt war, und Herr A. soll geschworen haben, niemals wieder Hammer und Säge in die Hand zu nehmen, desto mehr aber seine Gefellen arbeiten zu lassen.

In **Selb** haben die Unternehmern uns den Vertrag gekündigt, der somit am 1. Mai abläuft. Die Unternehmern wollten aber, wie sie weiter mitteilen, den letzten Mindestlohn als Höchstlohn bis zum 1. Dezember weiterzahlen, sonst aber bis dahin ohne Vertrag arbeiten. Im Dezember wollten sie dann in Vertragsverhandlungen eintreten, worauf wir uns selbstverständlich nicht einlassen können.

In **Würzburg** liegen die 3 zementarbeiter ihren Unternehmern eine Forderung zugehen. Bevor es aber zur Unterhandlung kam, hatte die Firma **Krapp** 23 Mann entlassen, um an deren Stelle Leute zu stellen, die sich mit den bisherigen, Abzügen zufrieden gaben. Da die Firma Arbeitsmangel vorbrachte, was aber keineswegs der Fall ist, so verhängte man die Sperre. Alle dort Beschäftigten legten die Arbeit nieder; leider waren es aber nach einträglichem Kampf die Zimmerer bereits müde und nahmen die Arbeit wieder auf. Diese acht Zimmerer verrichten auch jetzt einen Teil jener Arbeiten, die vorher teils die Zementierer, teils die Hilfsarbeiter verrichteten. Für die gemachten Kollegen eintreten, halten die Zimmerer für August. Solidarität, das schönes Wort!

Gau Stettin.

Der Baunternehmern **Magnum** in **Brickow** hat am 22. April telephonisch den Vertrag für den Lohnbezirk **Pasewalk-Faßberg-Ludwigshagen** vollständig anerkannt. Die gesamte Feigzeit wird jetzt bezahlt. Soffentlich genügt diese Warnung für alle Unternehmern, die auf der Verarmung in **Pasewalk** Lust zeigen, im Landbezirk von elf Stunden, von sechs bis sieben Uhr, arbeiten zu lassen. Für die Kollegen, besonders für die **Pasewalker**, muß dies ein Ansporn sein, nun endlich auch ihre Pflicht zu erfüllen und den Vertrag strikte durchzuführen. Die Arbeit ist am 26. April aufgenommen worden.

In **Neustettin** stehen die Dinge unverändert. Bisher ist die Anwerbung von Streikbrechern an den hohen Ansprüchen der Kollegen gescheitert.

In **Writz** haben vier Unternehmern, die 25 Gefellen beschäftigen, bewilligt. Mit **Hansen**, **Wentwig** und **Fr. Verg** sollte unter Leitung eines Unparteiischen verhandelt werden. Auf eine Einladung des Magistrats antwortete nur **Hansen**, und zwar in ablehnendem Sinne. **Wentwig** und **Fr. Verg** hielten es nicht für nötig, eine Antwort zu geben. Die beiden Zeitungen „**Kreisblatt**“ und der vom **Explosor** Kreis geleitete „**Mittelstand**“ schlugen in ihren ersten Nummern einen anhängigen Ton an, bei welchem auch der „**Mittelstand**“ geblieben ist. Das „**Kreisblatt**“ hingegen brachte später einen Artikel: „Die freien Gewerkschaften als Hauptstütze der Sozialdemokratie“, in der Absicht, die Bürger und Bauern mit dem roten Lappen sehen zu machen, weil unternehmern die Verödung mit den Streikenden sympathisiert. Dies darf ein **Kreisblatt** nicht dulden, und so bracht es eine Brücke zurück, ähnlich wie der „**Woz**“, der aus Brot und Ölfressen unter Aufsat von Hülgenpflanz zu einem herausgehenden Geruch gemacht wird. Doch in **Kreisblatt** haben aufgewogene Bröden und die übliche Gistfrische ein Gemisch, das man launhaftig „**Quasch**“ nennt und solcher kann nur bei ganz Dummen herausfinden wirken, jeder verständliche Leser empfindet Gel vor dem Zeug und auch Gel vor den Streikbrechern, die im **Writzer** Bezirk inf. Aufre 30 an der Zahl vorhanden sind. Es sind Leute, die nicht aus Not, sondern aus der Furcht, am Jahresabschluss einige Mark weniger auf die hohe Skatte legen zu können, zum Verräter an ihre Klassenangehörigen werden. Die Stimmung unter den Streikenden ist gut.

In **Regenwalde** ist Mitte März die Forderung auf zehnmonatshaltige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 42 1/2 eingereicht worden. Eine Antwort gaben die Unternehmern nicht, nur insofern ist eine Desserung eingetreten, daß selbst die Firma **Maas** den Tarif nicht zurückzuziehen. Im vorigen Jahr sandte diese den Tarifentwurf mit dem Bemerkten zurück, sie hätte keine Verwendung hierfür. Bei einer am 24. April stattgefundenen Unterredung legte sowohl die Firma **Wölcker** wie auch **Maas** jede Verhandlung ab. Der alte **Wölcker** hielt hierbei einen **Mischel** bis 1888, wo für M. 2.50 Tagelohn noch zwölf Stunden gearbeitet worden ist und die Mauer noch keine großen Wohnungen haben wollten; zum Schluss kam das übliche Damentieren über die herabgeminderte Leistungsfähigkeit. **Maas** gab den freundschaftlichen Rat, wir sollten doch in Laßes streifen.

Alle beide wollen sich nicht von **Hamburg** und **Stettin** Vorschriften machen lassen. Am 25. April ist nahezu einhellig die ArbeitsEinstellung ab 26. April beschlossen worden. Die Unternehmern sind hier so stark, weil sie sich auf die Mauer aus den Bezirken **Berlin**, **Dresden** und **Freiberg** verlassen. Die **Regenwalder** Kollegen hoffen, daß aus den Bezirken keine „**Mausträger**“ kommen.

In **Nichtenberg-Freiburg** hatten wir am 5. Januar den Unternehmern die Verlängerung des alten Vertrages angeboten. Als bis zum 18. April noch keine Unterfertigung gegeben war, wurde erneut die Forderung von 43 1/2 pro Stunde in der Stadt und von 45 1/2 über Land bei zehnmonatshaltiger Arbeitszeit gestellt. Antwort ist bis zum 22. April erbeten worden. Soffentlich geht es angeblich der guten Geschäftslage ohne Krieg vorüber.

In **Mühlental**, bekannt durch seine Wurk und Gänge, geht der Streit gut vorwärts und zu mehreren hat unsere Kollegen gegen eine von der Firma **Gotfried Schirmer** vorgenommenen Lohnkürzung. Bei der Unterhandlung stellte sich heraus, daß der Geschäftsinhaber den „**Antag**“ nicht kennt. Unter Großheiten, von denen sich zum Beispiel „**Antag**“ die geliebte war, verurteilte der Herr unsere Kollegen abzuweisen. Als ihm jemand auf gut pommernisch den **Antag** blies, wurde dieser Kollege entlassen. In dem richtigen Gefühl, daß **Maas** am besten fast schmeckt, ist von einer sofortigen ArbeitsEinstellung abgesehen, da sonst die Einseitigkeit der Lohnbewegung nur gestört werden könnte.

In **Schweibeln** rechnen die Unternehmern **Heide**, **Rebels**, **Brewing** auf den langen Winter; sie halten unsere Mitglieder für schlapp und lehnen jedes Verhandeln trotz der guten Arbeitsgelegenheit ab. Unter andern Gründen geben sie für ihr Verhalten das Sinken der Preise aller Produkte an, und als Hauptbegründung: „Die Kommission ist zu jung.“ Die Mitglieder sind erst 27 bis 40 Jahre alt. Die **Schweibeler** Kollegen haben sich schon zweimal mit Worten abspießen lassen. Desmal zieht es nicht. Am 26. April ist die Arbeit eingestellt worden.

In **Wolgast** steht die Aussperrung noch unverändert; auch hier sollte der lange Winter der Schiffe der Meister sein, doch sehen sie heute ein, daß die Not als Helfer nie gerechnet werden kann. Noch ist kein Streikbrecher vorhanden, aber die Meister müssen ruhig zusehen, wo sich in ihrem Arbeitsgebiet andere Unternehmern einzunisten suchen. Also Schluss machen, Ihr Herr! Was einem Dünnschiff geklärt, wer weiß auf wie lange, wird einem Peters nicht gelingen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Redakteur-Gesuch.

Für den „Grundstein“ wird zu möglichst baldigem Eintritt ein weiterer Redakteur gesucht.

Die Bewerber müssen längere Zeit Mitglied unseres Verbandes sein, eine gute Allgemeinbildung sowie eine umfassende Kenntnis der Verhältnisse des Baugewerbes und der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung besitzen und journalistisch befähigt sein.

Bewerberinnen sind zusammen mit einem Nachweis über die bisherige Tätigkeit und einem Lebenslauf bis zum 15. Mai an den Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands einzusenden.

Sterbegeßel darf laut Staat nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgesetzt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbeurkunde.

Anßerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfügung auszugeben ist.

Unterfügungsanweisungen sind in der Zeit vom 19. bis 24. April für folgende Mitglieder erteilt:

Als **Schade-Warmen** (Frau), Verb.-Nr. 51 772; **Herrn Gudenbeck-Münster a. d. S.** (Frau), 91 227; **Herrn Lauterbach-Grünberg i. Schl.** (Frau), 75 864; **Paul Schuster-Dresden** (Frau), 162 352; **Jac. Meyer-Mannheim** (Frau), 140 865; **Gotfr. Kämpf-Berlin**, 308 184; **Herrn. Jeugner-Berlin**, 502 084; **Herrn. Thum-Gera**, 867 779; **Herrn. Wölcker-Döbeln** (Frau), 210 299; **Ga. Gidion-Sagen i. W.**, 887 187; **Fr. Wagner-Hamburg**, 26 254; **Fr. Kienitz-Hamburg**, 26 304; **Ga. Wölcker-Halle**, 359 819; **J. C. Grubel-Wagen** (Frau), 244 415; **Alfr. Lindner-Planen** (Frau), 243 649; **Ind. Wölcker-Darmstadt** (Frau), 227 635; **Joh. Schneider-Göf. a. d. S.** (Frau), 78 621; **Peter Wölcker-Bassel** (Frau), 189 310; **Indr. Wölcker-Münster**, 425 214; **Fr. Wölcker-Münster** (Frau), 228 791; **Fr. Zimmermann-Gamoder** (Frau), 238 746; **Paul Hannam-Berlin** (Frau), 2242; **Aug. Wölcker-Berlin**, 3346; **W. Wölcker-Anklam** (Frau), 51 011; **Carl Siebert-Münster**, 258 470; **Herrn. Frey-Wagen** (Frau), 40 028; **Fr. Sagen-Gera**, 243 165; **M. Anders-Dresden**, 189 432; **Fr. W. Siegel-Dresden**, 265 249; **Herrn. Otto-Grimmshausen**, 198 435; **Joh. Wölcker-Wagen**, 417 198; **Indr. Wölcker-Erding**, 118 828; **Herrn. Goben-Fraustadt**, 81 914; **H. Wölcker-Döbeln** (Frau), 881 882; **Alfr. Wölcker-Döbeln**, 248 177; **Ga. Wölcker-Döbeln** (Frau), 274 305; **Alfr. Wölcker-Döbeln** (Frau), 38 041; **Fr. Wölcker-Dresden**, 162 882; **Fr. Wölcker-Gera** (Frau), 391 977; **Herrn. Spohr-Gamoder** (Frau), 468 720; **Herrn. Schneider-Fraustadt a. M.**, 271 460.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Weisenburgerhof 56**, zu adressieren. Jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 18. bis 24. April 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

A) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Münster-Soden M. 42,78, **März** 15,60, **Alt-Göfel** 36,95, **Alt-Wölcker** 100, **Wölcker** 80,85, **Wölcker** 282,55, **Wölcker** 184,23, **Wölcker** a. d. S. 86,89, **Wölcker** 6,80, **Wölcker**

[illegible]

denken der verstorbenen Kollegen Umb. Kient, Gust. Seeger und Gust. Schöber. Dann wurden die Kollegen Wilh. Hofland und Franz Kaffier als Mitglieder aufgenommen. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Kassa lieferte mit einer Einnahme und Ausgabe von 1.332,91 ab. Die Kassa hatte infolgedessen einen Bestand von 84.389,83, davon sind für Notstandsunterstützung 1.192,51 ausgezahlt worden, mithin bleibt ein Bestand der Kassa von 85.582,32. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalsabschluss 1705. Gegen die neu aufgenommenen und von anderen Zweigvereinen übergetretenen Kollegen wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Ferner beschloß die Versammlung gegen zwei Stimmen, daß die Arbeitslosenkarte von der ersten Woche an aus der Kassa bezahlt wird, aber nur für die Kollegen, die den Stempel im Verbandsbuch aufzuweisen haben. Zum 1. Mai wurde beschlossen, daß die Feier des alljährlich vom 1. Mai festgesetzt. Die Versammlung findet in „Freiers Festen“, Koggenstraße, statt. Die ausgesperrten Kollegen haben sich am Montag im Bureau der Rührer zu melden, ebenso die arbeitslosen Kollegen. Zum Schluß forderte Kollege Schulze die anwesenden Kollegen auf, eine fräftige Agitation nach den Beschlüssen der letzten Rührerkonferenz zu entfalten.

Borna. Die am 18. April abgehaltene öffentliche Maurerverammlung war nur schwach besucht. Kollege Haupt referierte über die am 12. April zu Dresden abgehaltene Bauarbeiterkonferenz. Die Versammlung war mit den dort gefassten Beschlüssen größtenteils einverstanden. Aus der Versammlung wurde der Antrag gestellt, in Zukunft die Arbeitslosenmarken aus der Kassa zu bezahlen, was auch unter gewissen Bedingungen angenommen wurde. Weiter wurde über mehrere Unternehmern in der Umgebung Klage geführt, weil sie bis 5 3 Lohn weniger zahlten, als unser Tarif vorsieht. Kollege Haupt wurde beauftragt, bei dem Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes vorstellig zu werden, damit diese Herren veranlaßt werden, den Tariflohn zu zahlen. Außerdem wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Hausagitation in den umliegenden Ortschaften zu veranstalten, um die noch fernstehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen.

Bredstedt. In einer nur schwach besuchten öffentlichen Versammlung am 18. April sprach Kollege Könnies-Gamborg über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Der Erfolg war der Eintritt von sieben Kollegen in den Verband. Da wir bisher schon acht Organisierte waren, so zählen wir nun 15 Mitglieder, ebenso unorganisierte Kollegen stehen uns noch gegenüber. Hoffentlich kommen auch diese bald zur Einsicht, damit wir mit den schlechten Arbeitsverhältnissen (der Lohn beträgt 42 3) aufkommen können.

Bugzshede. In unserer von 23 Kollegen besuchten Versammlung am 14. April hielt Kollege Meisburg einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Die vom Kassierer verlesene Abrechnung vom ersten Quartal schloß mit einer Hauptkasseneinnahme von 63,88 und einem Kassaistenbestand von 176,18 ab. Die Kollegen auf der Papierfabrik von Winter haben auf ihre Forderung eine Lohn-erhöhung von 5 3 bekommen. Das ist der Erfolg ihrer Organisationsstreue.

Frankfurt a. M. Der Kollege Philipp Heine sendet uns ein Schreiben, das gegen die Bemerkungen im Jahresbericht des Frankfurter Zweigvereins, Nr. 13 des „Grundstein“, gerichtet ist, wo es von ihm heißt, daß er in einer Sache, die zum Ausschluß der Mitglieder Hornung, Samelth und Konrad führte, auch nicht einwandfrei gehandelt hätte, aber mit Rücksicht auf sein Alter mit einer Klage davonkommen sei. Kollege Heine schreibt: Ich kann nur erklären, daß ich die Klage ganz entschieden zurückweisen muß. Sie ist mir erteilt worden, weil ich den Vorstand in einer Sitzung oder Versammlung von früheren Verbandsmitgliedern nicht verteidigt habe. In dieser Sitzung aber war der Vorstand selbst anwesend, so daß ich ihn nicht zu verteidigen brauchte.

Seibelsberg. Der Zweigverein hielt am 11. April eine Konferenz ab, die sich mit mehreren wichtigen Angelegenheiten befaßte. Zuerst gab der Zweigvereinsvorstand bekannt, daß noch ein großer Mißstand in den Buch- und Kassengeschäften in den Zahlstellen vorhanden ist. Um die Geschäfte leichter zu erledigen, müßten die Kassierer- und Kassistenarbeiten ordnungsmäßig benutzt werden. Wo darüber Unklarheiten vorhanden sind, ist der Zweigvereinsvorstand gern bereit, nähere Anweisung zu geben. Auch die Aufbewahrung der Verwaltungspapiere müßte sorgfältiger sein. In der Diskussion empfahl Kollege Horter, die Kassaistenbestände der Zahlstellen bei der Zweigvereinskasse zu hinterlegen, um vorzubeugen, daß sie für Freiberger verwendet würden, während sie für Unterstützung in Notfällen oder zur Entschädigung bei Flugblattverbreitungen stets zu haben seien. Die Konferenz faßte dann einen Beschluß, daß Verbandsgelder nicht zu Freiberger usw. verwendet werden sollen. Der Beschluß soll jeder Zahlstelle schriftlich mitgeteilt werden. Durch einen weiteren Beschluß wurde es den Zahlstellen erneut zur Pflicht gemacht, die Abrechnung am ersten Sonntag nach Quartals-schluß abzuliefern. Dann beschäftigte man sich mit dem Sekretariatsbeitrag. Im Jahre 1908 war ein Beschluß gefaßt worden, wonach ein jährlicher Beitrag von 1 1 in monatlichen Raten von 10 3 zu zahlen ist. Man hat aber die Wahrnehmung gemacht, daß die Beiträge schlecht oder zum Teil gar nicht bezahlt werden. Das geht aber auf die Dauer nicht. Wenn die Kollegen ihre Mitgliedschaft nicht verlieren wollen, dann müssen sie auch ihren Sekretariatsbeitrag bezahlen. Mit der Auffrischung dieses Beschlusses ließ man es bewenden. Ueber die Auslegung des Schiedsspruches sagte Kollege Horter, daß der Schiedsspruch keine Unklarheiten für den Bezirk Seibelsberg aufweise. Der Abschlag 4 des Schiedsspruches der Unparteilichen besage, daß in den Städten Mitteldeutschlands eine bedeutende Verteuerung der Lebensmittel eingetreten sei und daß darum der Stundenlohn um 1 3 bzw. 2 3 zu erhöhen sei. Aber ein weiterer Schieds-

spruch, der auf Anruf gefaßt worden ist, besagt, in den Städten, wo seit dem Jahre 1908 an eine Lohnsteigerung eingetreten ist, solle keine Erhöhung des Lohnes mehr erfolgen. Die Konferenz beschloß, zur Stellungnahme hierzu am 15. April eine Versammlung abzuhalten. In dieser Versammlung wurde nach einem Referat des Kollegen Horter eine Resolution gefaßt, wonach die Verammelten erklären, daß nach dem letztjährigen Schieds-spruch den in Seibelsberg arbeitenden Maurern die Zulage von 1 3 vom 1. April an gezahlt werden müsse. Es sei deshalb von den Unternehmern zu verlangen, daß sie die geringe Aufbesserung der Löhne vollziehen.

Jauer. Nachdem unser Zweigverein das dritte Mal vor der Auflösung stand, nahmen sich die Kollegen aus Dignitz der Sache einmal an. Sonntag, den 18. April, wurde im ganzen Kreise ein vom Kollegen Röhner-Dignitz verfaßtes Flugblatt, das die sonderbaren Verhältnisse in Jauer behandelte, verbreitet, wobei 20 Aufnahmen gemacht wurden. Am 21. April fand dann eine öffentliche Maurerverammlung statt, in der Kollege Röhner-Dignitz über die Notwendigkeit der Organisation referierte. Röhner schilderte kurz die Enttöndung der Organisation in Nieder-schlesien, ging dann auf die Verhältnisse in Jauer ein, wo die schlechtesten Löhne im ganzen Gau gezahlt werden, Löhne von 33 bis 34 3 pro Stunde. In den kleinen Nach-barstädten ist der Lohn überall auf 40 3 und mehr ge- stiegen. Auch die Kollegen in Jauer sind Menschen, die ein Recht zum Leben haben. Der Ursachen, weshalb es hier nicht vorwärts ging, sind viele gewesen, aber lassen wir das alte ruhen. Mehr Selbstvertrauen, mehr Ueberzeugungstreue muß in die Kollegen kommen, dann geht es auch in Jauer vorwärts. Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Vor- trag ließen sich wieder 17 Kollegen aufnehmen, so daß die Mitgliederzahl wieder auf 50 gestiegen ist. Hoffentlich ist nun das Eis gebrochen. Der bisherige Zweigverein wurde in eine Zahlstelle des Zweigvereins Dignitz umgewandelt, weil es ein einheitliches Wirkungsgebiet darstellt. Die Dignitzer Verwaltung wird alles daran setzen, um Jauer vorwärts zu bringen.

Kiel. Am 21. April hielt der Zweigverein eine Generalversammlung ab. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 1. Quartal. Es wurde beschlossen, daß die einzelnen Zahlstellen ihre Abrechnung zu geben hätten, um sie einzeln in der Versammlung zu verlesen und um zu sehen, wie die einzelnen Zahlstellen wirtschaften. Der Kartell-bericht gab Kollege Kimm. Als brüder und hauptsächlichster Punkt wurde die Maifair behandelt. Es sprachen sich sämtliche Redner für die strikte Arbeitsruhe am 1. Mai aus. Es wurde der Beschluß der Zimmerer und die Notiz des „Grundstein“ in Nr. 14 aufs lebhafteste bedauert. Es wurde folgende Resolution von der Versammlung ein- stimmig angenommen und beschlossen, sie im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Die Resolution lautet: „Die heutige Versammlung des Zweigvereins Kiel spricht zum wieder- holten Male aus, daß kein Grund vorliegt, auf die Arbeits- ruhe am 1. Mai zu verzichten, und macht es den Mit- gliedern zur Pflicht, am 1. Mai durch Arbeitsruhe für die Verkürzung der Arbeitszeit und den Völkerverfrieden zu demonstrieren. Die Versammlung steht in der Demon- stration durch Arbeitsruhe ein wirksames Mittel, nicht nur die Arbeiter zu neuem Kampfe für Verbesserung ihrer Lebenshaltung anzuspornen, sondern auch einen ersten Mahnruf an den Kapitalismus und seine Organe, den Forderungen der Arbeiter immer mehr Rechnung zu tragen. Die Versammlung kann nicht einsehen, daß durch die Kräfte, so schwer sie auch gewirkt hat und noch wirkt, eine wirksame Tat, wie es die Demonstration durch Arbeitsruhe ist, aufgegeben werden muß, wenn nicht ein unüberwindlicher Zwang es erfordert. Das ist aber zurzeit noch nicht der Fall, und deshalb be- dauert die Versammlung, daß die Redaktion des „Grund- stein“ in Nr. 14 Veranlassung nimmt, zur Abwägung der Demonstration durch Arbeitsruhe durch eine dazugehörige, bestimmende Notiz beizutragen. Eine Notwendigkeit dazu lag um so weniger vor, als die Mehrheit der Kollegen immerhin noch auf dem Standpunkt der Arbeitsruhe stehen dürfte.“ (Wir haben Grund zu der Annahme, daß diese Resolution nicht aus den Reihen unserer Kollegen hervor- gegangen ist. Man wird es verstehen, wenn wir es unter- lassen, jetzt etwas zu ihr und zur Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai zu sagen; dazu denken wir, wird sich auch später noch Gelegenheit bieten. Die Redaktion.)

Lauenburg a. d. E. Sonntag, den 25. April, tagte unser Monatsversammlung. Der erste Vorsitzende, Kollege Reed, betonte in längeren Ausführungen die Bedeutung des 1. Mai. Vorgelesen ist morgens 10 Uhr Festversammlung im Lokal Kötting; nachmittags 2 Uhr Festzug nach dem Lokal „Marburg“, abends Ball in den beiden genannten Lokalen. Es wurden noch fünf Kollegen neu auf- genommen. Die im vorigen Jahre bestehende Tariffreit- zeiten sind jetzt durch einen Nachtrag zum Arbeitsvertrag vom 19. April 1907 beseitigt. Danach beträgt der Lohn für Krümmel 55 3 und für Grünhof und Kesperhude 60 3 pro Stunde. Zum Lauenburger Bezirk gehören: Bütau, Mißheide, Dollborn, Wangelau, Wafedon, Juliusburg und Arnstorf, für die 30 3 Landgeld pro Tag als Zulage ge- währt wird. Dieser Nachtrag hat Gültigkeit für die Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1910.

Leinow i. d. M. In unserer Versammlung am 18. April sprach Kollege Thoms-Berlin über die Lage im Baugewerbe und unsere Aufgaben. Der Vortrag fand reichen, wohlverdienten Beifall. Vier Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

Strach. In einer schlechtbesuchten Versammlung, am 17. April, sprach Kollege Voigt-Strachburg über die Lage im Baugewerbe, deren Unlust er zum Teil auf die mangelnde Organisationsfreudigkeit der Kollegen zurück- führte. Er schloß seinen Vortrag mit einer Aufforderung, die Versammlungen besser zu besuchen und überhaupt an dem Verbandsleben mehr Anteil zu nehmen. Danach teilte der Vorsitzende mit, daß die Maifair durch einen Demonstrationstag am 2. Mai gefeiert werden soll, woran sich sämtliche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter be- teiligen.

Oferode a. S. Am 22. April hielt unser Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab, die besser hätte besucht sein

können; die Kollegen können immer noch nicht begreifen, daß es notwendig ist, die Versammlung zu besuchen. Der Vorsitzende wies auf den Vertrag hin, daß es schwer wäre, ihn durchzuführen. Die Unternehmern haben ihn so gewollt und nun müssen er auch aufrecht erhalten werden. Ueber den Anschlag an das Kartell entfiel sich eine Diskussion; einzelne Redner wiesen darauf hin, daß die Verhältnisse in diesem Jahre nicht erfolglos blieben, weil wir durch die Schlichterung des Unternehmertums dazu gezwungen seien, den Vorsitzenden zu besuchen. Die Kollegen müssen dann, wenn der Anschlag beschlossen würde, einen Kassaistenlohn von 15 3 pro Woche bezahlen, was für einen Stundenlohn von 36 3 zu hoch erscheine. Der Kollege Eduard Blume aus Forste wurde, nachdem er versprochen hatte, künftig mehr Solidaritätsgefühl zu zeigen und außer dem erhöhten Eintrittsgeld eine Strafe von 1 5 gezahlt hat, wieder in den Verband aufgenommen.

Benitz. In unserer Versammlung am 18. April wurde beschlossen, den Unternehmern die Forderung nach einer Lohnsteigerung von 40 3 auf 48 3 zu unterbreiten, und außerdem zu fordern, daß die Lohnzahlung Freitag erfolgt. Leider war diese wichtige Versammlung nur von 35 Kollegen besucht, während der Zweigverein 97 Mitglieder hat. Das ist eine sehr schlimme Interessel- osigkeit, die sich auch darin äußert, daß es schwer hält, die Kosten im Zweigverein zu besetzen. Die Versam- lung beschloß die obligatorische Einführung der Proschüre „Sächsischer Bauarbeiterbund“. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden, worin er die Kollegen zur fleißigen Tätigkeit für die gemeinsamen Interessen er- mahnte, wurde die Versammlung geschlossen.

Saalfeld. Eine am 21. April abgehaltene gemein- schaftliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bau- hilfsarbeiter befaßte sich mit der Frage: Wie verhalten sich die Unternehmern zu der am 13. April d. J. fällig ge- wesenen Lohnsteigerung? Nach einer aufgenommenen Stim- mung kam zur folgenden Resultat feststellen: den tarif- mäßigen Lohn von 47 3 pro Stunde erhalten 65 pSt. der Kollegen, 25 pSt. erhalten 48 3 und 10 pSt. der Kollegen erhalten 30 bis 45 3. Unter denen mit niedrigen Löhnen sind Junggeheilen und Kollegen, die nicht im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, mit einbezogen. Die Versammlung übte Kritik gegenüber der Handlungsweise der Unter- nehmer und faßte einstimmig den Beschluß, die Schlicht- ungskommission anzufragen und die Klassenkassen, soviel in unseren Kräften liegt, nicht zu beteiligen. Nachdem die Kollegen aufgefordert wurden, sich an der diesjährigen wieder polizeilich erlaubten Maifair recht zahlreich zu beteiligen, wurde die von 80 Kollegen besuchte Versam- lung geschlossen. (Anmerkung des Berichterstatters. Ein Volk wird regiert, wie es verdient, regiert zu werden. Nach diesem Grundsatze haben unsere Unternehmern gehandelt. Man braucht ja bloß für dies Beispiel zu sagen: „Die Saalfelder Maurer werden bezahlt, wie sie es verdienen, bezahlt zu werden“, denn in den 25 pSt., die den tarif- mäßigen Lohn nicht erhalten, sind fast sämtliche Indivi- duen enthalten, und daneben noch solche Kollegen, die recht schlechte Versammlungsbesucher sind.)

Spandau. Hier tagte am 8. April unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der von rund 400 Mitgliedern 40 erschienen waren. Das ist ein sehr trauriges Ergebnis. Zuerst erstattete Kollege Reinde Bericht von der Rührer- konferenz. Er ermahnte die Kollegen, mitzubekommen, daß die bestehenden Mißstände bald verschwinden. Die Rührer Spandaus haben den Wunsch, einen Vertrauensmann zu wählen, der die Versammlungen in Berlin zu besuchen und an den Sektionsversammlungen teilzunehmen hat, um als- dann darüber zu berichten. Zur Maifair hatte das Gewerkschaftskartell beschlossen, den 1. Mai durch Arbeits- ruhe zu feiern, die Versammlung beschloß in demselben Sinne. Sammelpunkt ist bei Böble, Saalestraße 20, morgens 7 Uhr. Dort wird die Markierte ausgegeben. Ueber das Thema: „Wie stellen wir uns zu der geplanten Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband?“ sprach Kollege Abraham, der warm für die Verschmelzung eintrat. Auch der Genosse Abraham vom Bauarbeiterverband, sowie der Kollege Goltz waren derselben Ansicht, letzterer wies noch darauf hin, daß es in der Agitation sehr von Nutzen wäre, verpackt sich aber bei Abschließung von Tarif- verträgen nicht viel von der Verschmelzung, denn die ein- zelnen Branchen würden doch immer Gruppen für sich bilden. Die Versammlung erklärte sich für die Ver- schmelzung mit dem Bauarbeiterverband.

Strasburg i. E. Kollege Hoffi schreibt uns: Am Abend des 19. April sollte für die am Kaiserinnenbau am Poligon beschäftigten unorganisierten Italiener, eine Platzversammlung stattfinden, die von zwei schon Organisierten besucht war. Die Schuld an diesem schlechten Erfolg tragen nicht zum wenigsten die dort beschäftigten deutschen Kollegen. Glauben diese vielleicht, daß es genügt, wenn man den unorganisierten Italienern einen Ein- ladungsbettel in die Hand drückt? Nein! Diese Leute halten sich abschließend von uns fern, was schon daraus her- vorgeht, daß an jenem Abend die Mehrzahl der Italiener mit der elektrischen Bahn heimfuhr, während sie sonst, um einen Ridel zu sparen, bis ans andre Ende der Stadt zu Fuß gehen. Soll eine derartige Platzversammlung Erfolg haben, dann müssen die Italiener von den Deutschen bis zum Lokal begleitet werden, wenn es auch eine Viertel- stunde kostet. Wohl sind die hier in Betracht kommenden Italiener nicht als Maurer, sondern als Rührer beschäftigt, aber sie sind unorganisiert und arbeiten sehr wohlfeil unter dem Tariflohn für Maurer, und das genügt für uns, um einzufreiten, um so mehr, als die in diesem Fall von den Italienern ausgeführte Arbeit hier in Strasburg Maurerarbeit ist. Als weiterer Gast zu der Versammlung stellte sich nachträglich ein italienischer Arbeiter ein, kenn- lich an seinem langen Ziegenbart, mit dem ganz offensicht- lichen Bestreben, zu spitzeln. Derartige dürfte nicht vor- kommen an einer Arbeitsstelle, wo die Maurer bis auf den letzten Mann organisiert sind. Was hier oben gesagt wurde in Bezug auf die Beihilfe der deutschen Kollegen, gilt nicht bloß für Strasburg, sondern für alle Orte, wo Italiener in Betracht kommen. Goffen wir, daß die deutschen Maurer endlich einmal den richtigen Weg ein- schlagen, der zur Organisation solcher Elemente führt, wie sie sich am obengenannten Bau finden.

Werden a. d. R. Hier tagte am 17. April unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die leider nicht gut besucht war. Die meisten dieser Kollegen hatten es nicht für nötig, über ihr materielles Wohl und Wehe mitzubedenken und mitzuarbeiten. Bornehmlich sind es fremde angereiste Kollegen, die die Witzhände auf den Bauten abgeschafft wissen wollen. Da bietet besonders die Baustelle des Unternehmers Otterlein in der Bauerschaft Gänau viel Anlaß zu Klagen. Ungenügendes Mitholz, kein Verbandzeug, keine Baugruben, ein Hühnerstall dient als Aufenthaltsort; da wäre es Pflicht der Baupolizei der Landgemeinde Werden, einmal nach dem Rechte zu sehen. Die Quartalsberichte wurden beifällig aufgenommen, besonders der Kasienbericht der Baustelle, da er trotz der geringen Einnahme mit einem Ueberschuß abschloß. Als Kassenporteur wurden die Kollegen Westmann und Schweinheim gewählt. Eine lebhafteste Debatte rief die Kasse herbei. Von einer allgemeinen Beteiligung nahm man Abstand, wor jedoch in der Lage ist, soll sich beteiligen, wer es nicht kann, soll M 1 für den Kassenfonds zahlen. Kollege Schulze verlangte, mehr als bisher das Baudeputiertenwesen zu pflegen, um die Witzhände zu beseitigen und die Organisation zu fördern. Ferner wurden noch Beschwerden gegen die Kollegen Marx, Schulte und Gahn aus Kettwig vorgebracht, die Fußarbeiten in Werden in Afford angenommen haben, Zeit und Pausen nicht einhalten und organisierte Kollegen aus der Arbeit verdrängen. Weiter wurde beschlossen, die Delegiertenwahl zur Konferenz in der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung am 2. Mai, vormittags 10½ Uhr, in der „Konhalle“ vorzunehmen und dabei auch obige Angelegenheit mit zu regeln.

Gliesenleger.

Essen. In der Versammlung am 17. April wurde das Lokal von Witz, Reishofstraße, Grabenstraße, zum Vereinslokal bestimmt. Zur Kasse wurde beschlossen, die Beiträge der Partei und des Gewerkschaftsartikels als bindend anzuerkennen. Die Beschlüsse lauten: Die Kasse ist durch Arbeitsruhe zu sichern. Wer nicht feiern kann, ist gehalten, M 1 zu zahlen. Parteigenossen und Gewerkschaftler, die durch Arbeitsruhe keinen Lohnausfall haben, sind gehalten, ihren Tagelohn abzugeben. Zur Kontrolle werden die Brüder abgefordert. Zur Konferenz werden als Delegierter Kollege Adam Günther gewählt. Ein Antrag, für die Gliesenleger ebenfalls Konferenzen einzuberufen, wurde angenommen. Verschiedenen Mitgliedern, die sich in den einzelnen Geschäften breit machen, soll energisch zu Leibe gerückt werden. Dann kam für unsere Sektion eine besonders wichtige Angelegenheit zur Sprache. Wie aus den letzten Berichten des „Grundstein“ hervorgeht, sind drei Essener Gliesenleger bei der Ausperrung in München zu Streikbrechern geworden. Um den Kollegen im übrigen Deutschland ein richtiges Bild von der Sache zu geben, sei folgendes mitgeteilt: Die Kollegen Witz, Heise und Dahler sind nicht Mitglieder unserer Sektion. Heise war allerdings bis vor seiner Abreise nach München bei uns Mitglied, trat aber, nachdem in unserer Versammlung sein unsozialistisches Verhalten in Nürnberg kritisiert worden war, zum Hirsch-Dunderbergischen „Gewerksverein“ über. Ein besseres Zeugnis, daß er die Arbeiterbewegung im allgemeinen nur als Mittel zum Zweck benutzt hat, konnte sich Heise auf jeden Fall nicht ausstellen. Wir meinen ihm keine Kränze nach. Als noch bedeutend wandlungsfähiger als Heise hat sich Dahler erwiesen. Dahler war bis vor zwei Jahren Mitglied unserer Organisation und trat dann zu den Christen über, obwohl er damals überzeugter Arbeiter sein wollte und auch bei jeder Gelegenheit für den „Arbeit“ Propaganda machte. Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust! Aber es kommt noch besser. Kurze Zeit, nachdem Dahler zum christlichen Verbande übergetreten war, wurde er Meister bei der Firma Wagemann & Sohn. Was sich Dahler hier im Antrieben unserer Kollegen geleistet hat, erhält am besten daraus, daß die gesamten Kollegen, die damals an der Struppischen Schlachtereie beschäftigt waren, die Arbeit niederlegten. Die Christlichen waren gezwungen, gegen den bei ihnen organisierten Dahler vorzugehen. Bei seiner Abreise nach München stand D. noch hier bei der Firma Wagemann & Sohn in Arbeit, es lag also keine Ursache für ihn vor, nach München zu reisen. Dahler ist seit einem halben Jahre ebenfalls bei den Hirsch-Dunderbergschen organisiert. Was nun Schade anbelangt, so ist derselbe in unserer letzten Versammlung ausgeschlossen worden. Schade war vor einer Reihe von Jahren in Dortmund tätig und hat eine Zeilung dort als zweiter Vorsitzender fungiert, später ist er selbständig geworden und tauchte vergangenes Jahr als Plattenleger auf. Es laufen hier eine ganze Reihe von Gerüchten über Schade umher, welche bis heute aber noch keine feste Gestalt angenommen haben, das wird aber wohl noch geschehen. Des weiteren wollen wir unsere Kollegen in München auf die Gliesenleger Zahn und Bergmann aus Wülheim a. d. Ruhr aufmerksam machen, diese sind vor kurzem ebenfalls nach München abgereist. Die Versammlung war gut besucht, und wir hoffen, daß es für die Zukunft so bleiben wird. Offenlich wird der Appell, den der Vorsitzende am Schluß der Versammlung an die Kollegen richtete, nicht ungehört verhallen; denn nur ein tatkräftiges Eingreifen aller Kollegen kann uns in unserem fortwährenden Kampfe mit den Unternehmern zum Siege führen.

Isolierer und Steinholzleger.

Berlin. Die Generalversammlung der Isolierer am 21. April war nur mäßig besucht. Aus dem Kasienbericht vom ersten Quartal, den der Kassierer, Kollege M. Kofke, erstattete, ging hervor, daß bisher für die Isolierer in Hamburg die Summe von M 1500 aufgebracht worden ist. Die Wichtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und alsdann dem Kassierer Entlassung erteilt. Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde zurückgestellt. Dann erstattete der Vorsitzende den Bericht von der Sitzung der Gewerkschaftskommission. Es soll in Zukunft mehr als bisher in den Berliner Gewerkschaften für das Konsum- und Genossenschaftswesen unter den Mitgliedern agitiert werden. Auch die zukünftige Gestaltung der Jugendgerichtshöfe unterlag der Besprechung. In der Kasse-

frage soll gemäß dem Nürnberger Parteibeschluß verfahren werden; dahingehend, daß die Gewerkschaftsangelegenheiten dem Tagesberichts an ihre Gewerkschaftskasse abzuführen haben. Ferner wurde beschlossen, den arbeitslosen Kollegen, die bereits zwei Wochen im Arbeitsnachweis eingetragen sind und an der Feier teilnehmen, M 1,50 zu bewilligen. Die Werkstattbelegierten sollen die Unternehmern ersuchen, die Lohnzahlung am Freitag vorzunehmen. Alsdann wurden von der Versammlung einige Darlehns- und Unterstützungsanträge erledigt. Des weiteren erfolgte hierauf die Berichterstattung der Bautenkontrollen. Diese hatten sich der Aufgabe unterzogen, zwei Kollegen, die in der vorhergehenden Versammlung ganz entlassen bestritten, in Afford zu arbeiten, zu kontrollieren. Den Kollegen konnte nun aber das Gegenteil klar und deutlich nachgewiesen werden. Sie haben sich selbst verraten, indem sie sich gegenseitig in die Haare gerieten, weil bei der Verteilung des Leberchusses der eine den andern prellen wollte. Es mußte erst der Buchhalter eingreifen, damit ein mitteilbarer Gelfer zu seinem Ansehn kam. Auf welche Weise sie den Leberchuss überhaupt erhielten, wurde ebenfalls von den Kontrollen berichtet. Alle Auftraggeber dürften aber schwerlich mit einer solchen Bedienung zufrieden sein. Denn trotz der äußerst günstigen Lage der Kasse hat man nicht einmal die horgeschriebene Auftragsstärke von 20 mm eingehalten. Diese wurde überhaupt an keiner Stelle erreicht, wohl aber Stärken von 13, 15 und 17 mm. Aber hiermit nicht genug; sie suchten auch noch die Organisation zu betrügen, indem sie nur drei Tage Arbeitszeit angaben, während sie tatsächlich vier gearbeitet hatten, nur um sich um die Bezahlung einer 25 1/2 Markte für die Hamburger Ausgesperrten zu drücken. Wir werden in Zukunft öfter kontrollieren und dann nicht ermannen, die Namen und die Firma im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Von der Hamburger Ausperrung wurde vom Geschäftsführer mitgeteilt, daß die dortigen Unternehmer nach wie vor ihre Verhandlungsräume ablehnen. Sie behaupten, Arbeitskräfte genügend zu haben und verlangen bedingungslos die Wiederaufnahme der Arbeit, natürlich wollen sie nur die wieder einstellen, die nach ihrem Geschmack sind, worauf sie aber bis zum St. Nimmerleinstag warten müssen. Die Ausgesperrten denken gar nicht daran, den Herren den Gefallen zu tun. Sie sind vielmehr fest entschlossen, lieber den Versuch aufzugeben und andere Beschäftigung zu suchen, was auch schon ein Teil getan hat, ehe sie die Arbeit zu diesen schmachvollen Bedingungen wieder aufnehmen. Nachdem der Vorsitzende nochmals zur regen Beteiligung an der Kassefeier aufgefordert hatte, erfolgte Schluß.

Breslau. In der Versammlung unserer Sektion am 13. April, die zwar gut besucht war, in der aber immer noch einige Kollegen, darunter sogar ein Vorstandsmitglied, fehlten, wurden die Kollegen Josef Knothe-Breslau und Johann Müller-Gr. Wartenberg neu aufgenommen. Dann wurden einige Ergänzungswahlen vorgenommen. In Stelle des Kollegen-Gürlers wurde Kollege Willi Ziegler zum ersten Vorsitzenden gewählt. Das Verzeichnisslokal wurde vom „Höten Ewien“ nach dem Gewerkschaftshaus verlegt, was die Kollegen nun aber auch beachten müssen. Die Versammlung tabelte das unsozialistische Verhalten mancher Kollegen den arbeitslosen Isolierern gegenüber. Den Kollegen Jung und Heise wurden die Kosten zu einer Reise nach Gelsenkirchen bewilligt, wozu jedes Mitglied 85 1/2 zu zahlen hat. Den Schluß bildete ein Vortrag des Kollegen Zinske über „Klassenfeinde und Klassenurteile“, aus dem manche Kollegen wohl die Lehre ziehen werden, sich der politischen Organisation anzuschließen und die „Kassennacht“ zu lesen. Zur nächsten Versammlung sind sämtliche Mitgliedsarten zur Kontrolle mitzubringen, die Zeit wird noch bekanntgegeben.

Dresden. Am 18. April fand die vierteljährliche Generalversammlung im Volksbause statt. Die Uhrrechnung für das erste Quartal wurde richtig anerkannt. Hierauf gab der Vorsitzende die Aufhebung der Sperre über die Firma Witzel bekannt. Wie aus der Debatte hervorging, scheint aber der Friede nicht von langer Dauer sein zu wollen. Denn die Firma läßt Kollegen von uns schon nach einer Woche Beschäftigung wieder aussuchen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, den Fall zu untersuchen, ob Witzel recht vorliegt. Zur Kassefeier wurde beschlossen, den Tag wie alle Jahre durch Arbeitsruhe zu feiern. Kollegen, die an diesem Tage notwendige Arbeiten ausführen müssen, sind verpflichtet, den vierten Teil des Tagelohnes an die Parteikasse abzugeben. Die Wiederaufnahme des Kollegen Richter, der seine Fesseln eingesehen hat, erfolgte gegen eine Stimme.

Hannover. In der Versammlung am 13. April wurden zunächst Wahlen vorgenommen. Vorsitzender wurde Kollege Brünner, Kassierer Kollege Ziegler. Den Kartellbelegierten bewilligte man ein Sitzungsgeld von 50 1/2. Dem Kollegen Kahl wurde eine Rüge erteilt, weil er sich in den Arbeitsnachweis hatte eintragen lassen, ehe er außer Arbeit war. In Zukunft soll die Verwaltung des Nachweises schärfer kontrolliert werden. Auf Anregung des Kassierers soll den Beitragschuldnern etwas härter auf den Leib gerückt werden. Neuaufgenommen wurde der Kollege Dietrich.

Leipzig. Obwohl unsere Generalversammlung am zweiten Oktober gut besucht war, fehlten doch noch verschiedene Kollegen, die es noch nicht einmal der Mühe wert hielten, sich zu entschuldigen. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem neuen Tarif und mit den Extrabeiträgen für die Hamburger Ausgesperrten. Der vorige Beschluß wurde dahin umgeändert, daß Leger M 1 und Hilfsarbeiter 50 1/2 pro Woche zahlen sollen. Gleichzeitig teilen wir den Kollegen noch mit, daß unser erster Kassierer Bruno Epenhain sein Amt niedergelegt hat, da er nach Gelsenbach verzogen ist, und daß an dessen Stelle Kollege Richard Bartholomäus-Leipzig-Großschöcher, Neuenhauserstraße 57, gewählt wurde. Die Kassenübergabe ist in Gegenwart des Vorstandes und der Revisoren festgestellt. In der Versammlung gab es noch eine tüchtige Auseinandersetzung über die Kasse. Es wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß alle Kollegen feiern sollen, soweit es möglich ist. Die arbeitenden Kollegen haben die Hälfte von ihrem Tagelohn an die ausgesperrten Isolierer Hamburgs zu entrichten.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“.)

In der Woche vom 18. bis 24. April sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Werder a. d. S. M. 500, Hamburg 400, Lützenwalde 300, Trebitzsch l. b. Neumarkt 400, Nienstedten 250, Schmigsdorf 200, Schrambed 200, Gergsdorf 200, Rudolfsdorf 150, Jechow 150, Halbe 150, Plantenburg am Harz 150, Forst l. b. Rausch 100, Hechtshelm 100, Gurgagen 100, Walchin 100, Gohenzur 100, Heideberg 100, Golen 100, Gergsdorf 90, Schweikweiler 90, Kattell 70, Frankenthal 70, Senftenberg 44,05, Golttau 40, Summa M. 4199,05.

Zulüsse erhielten: München M. 300, Heubach l. Jessen 200, Dortmund 200, Cassel 200, Leipzig 200, Neuruppin 200, Weisk l. b. M. 150, Hagen l. Weisk. 150, Leipzig-Gohlis 150, Biele am Finowkanal 150, Breitenheim 100, Dresden-Striesen 100, Zschel 100, Sam-Münden 100, Rasthausen 100, Gandschuhheim 100, Marienberg 100, Werder a. d. Aller 100, Sandhuf 50, Bromberg 25. Summa M. 2775.

Altona, den 26. April 1909.

Karl Reisk, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Antonienhütte. Am 19. April ereignete sich auf dem Neubau der katholischen Kirche ein trauriger Unfall. Ein junger Burche von 16 Jahren hatte an einem elektrisch betriebenen Elevator die Steine abzunehmen. Ob der junge Mensch nun gestürzt ist oder sich um Unfallschmerz begeben hat — kurz, er geriet mit der Hand in die Welle und es wurden ihm drei Finger ab- und eine Sehne von circa 10 cm Länge herausgerissen. Der arme Mensch ist nun zeitweilig ein Krüppel. Wer trifft die Schuld? Wir stehen nicht an, sie dem Polier zuzuschreiben. Solche Arbeit taugt nicht für Kinder! Er hätte einen Mann an die gefährliche Arbeit stellen sollen. Aber natürlich, Kinderarbeit ist billiger und der Profit ist heilig vor allem, beistger als das Blut der Kinder, selbst wenn man eine Kirche baut.

Lugsburg. Ein schweres Unglück ereignete sich am 22. April bei dem Abbruch eines Hauses an der Angerstraße in Rechenhausen. Als nämlich das Dach abgebrochen war und die Mauern niedergelegt werden sollten, stürzte plötzlich der Kamin ein. Hierbei wurde der 67jährige Zimmermann Johann Graf so unglücklich getroffen, daß das Gehirn heraustrat und der Unglückliche tot vom Platze getragen werden mußte.

Bochum. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am 21. April am Neubau des Knappschäftgebäudes. In der Außenfront in der Hugo-Schulze-Straße war in der Höhe des dritten Stockwerks der Steinmetz Menne aus Niederbreitig a. Rh. mit Nacharbeiten der Hausfeine beschäftigt. Er benutzte auf dem ohnehin sehr schmalen, drei Breiten breiten Gerüst noch eine Leiter zu seinen Arbeiten. Auf dieser verlor er das Gleichgewicht und stürzte hinfenüber etwa 10 m herab. Seine Überführung ist das nahe Bergmannsheil wurde sofort beverleitet, aber trotzdem erlag er in wenigen Stunden seinen Verletzungen. Neben mehreren Arm- und Beinbrüchen hatte er schwere Verletzungen am Kopfe. Menne war 22 Jahre alt und unverheiratet und Mitglied des Steinarbeiterverbandes.

Sonnenbort f. M. Am 13. April fiel der Kollege Bernd beim Verladen von altem Abbruchholz vom Wagen auf das Straßengpflaster, mit ihm ein Balken, der ihm den Leib quetschte. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo sich herausstellte, daß die Verletzungen glücklicherweise nicht sehr schwer waren. Trotzdem möchten wir aber den bei Abbrüchen beschäftigten Kollegen zu größerer Vorsicht raten. Wenn man sieht, wie bei dieser gefährlichen Arbeit oft ohne jede Schutzvorrichtung auf schmalen Baumstümpfen stehen und hantieren, dann muß man sich wundern, daß sich nicht noch bedeutend mehr Unfälle ereignen.

Game In a. d. B. Auf dem Gelände der Weberei Marienthal bei Hameln wird ein zweistöckiges Fabrikgebäude abgebrochen. Entgegen den Vorschriften wurde zunächst das ganze „Eingeweide“ mit allen Fußfesten Wänden herausgerissen, so daß nur die Umfassungswände mit den Balken und den vollständig verfallenen Zwischenbänken stehen blieben. Die Folge war, daß zunächst ein Bauarbeiter in Folge Fehltrittes durch die Zwischenbänke eine Tasse herunterfiel; er kam aber mit geringen Verletzungen davon. Am zweiten Tage darauf stürzte der Maurer Friedr. Dörriesfeld, der schwere Platten vom Dache entfernte, zwei Stockwerke tief hinunter; er trug schwere Verletzungen am Kopfe u. s. w. davon. Der auffällige Boller R. Gint mußte wissen, daß die Zwischenbänke durchaus faul waren und keinen Schutz bei einem Fehltritt bieten konnten. Am 21. d. M. stürzte eine freistehende Wand um, hinter der ein Beschäftigter mit Abputzen von Steinen beschäftigt war. Der Beschäftigte wäre von der umstürzenden Wand vollständig erdrückt worden, wenn nicht ein Handwagen in der Nähe stand, auf den die Wand zum Teil aufschlug. Jedoch hat der Beschäftigte so schwere Verletzungen erlitten, daß er mittels Wagens in die elterliche Wohnung gebracht werden mußte.

Gattingen. Auf der Feindrichshütte ereignete sich am 14. April ein schweres Unglück. Drei Maurer von der Firma Gebr. Kiefer-Duisburg waren dort im Innern eines neu erbauten Hochovens mit Ausfugen beschäftigt. Gegen Abend brach plötzlich das Gerüst zusammen und zwei von den Maurern stürzten etwa 25 m in die Tiefe, der dritte konnte sich an einem Seil — es war ein Gängegerüst — noch halten. Einer der Abgestürzten war sofort tot. Bei Untersuchung der Leiche wurde eine vollständige Zerschmetterung des Schädels und eine Zerschneidung des Herzens, der Leber und der Nieren festgestellt. Der zweite erlag seiner Verletzung, einem Bruch des Rückenmarks,

am nächsten Tage. Beide waren Mitglieder des christlichen Verbandes und verheiratet; einer hinterläßt neben seiner Frau noch fünf Kinder. Wie wir in der „Göttinger Zeitung“ lesen, hat der Bau des Hofes außer dem schon mehrere andere auswärtige Montagearbeiter das Leben gekostet. Als Kommentar schreibt zu allem genanntes Blatt: Menschenschicksal! Diesem amtlichen Preisblatt scheint ein derartiges Schicksal für einen Bauarbeiter ganz selbstverständlich zu sein.

Nürnberg. Am 24. April, kurz vor Arbeitsluß, verunglückte ein verheirateter Zimmerer an dem Neubau des Unternehmers Nagel, in der Humboldtstraße, beim Aufziehen von Gefäß. Von dem zusammengeknüllten Holz löste sich ein ungefähr 3 m langes Stück in einer Höhe von 10 m und fiel auf den unten am Kran stehenden Zimmerer Schmiech, der schwere innere Verletzungen erlitt und in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Wäre bei dieser Gelegenheit der § 14 der oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen besser beachtet worden, so wäre das Unglück wahrscheinlich verhütet worden.

Berleberg. Auf dem Neubau der Kaserne, beim Stallumbau, Unternehmer N. Wiensoop, stürzten am 22. April die Kollegen Otto Neumann und Albert Davids aus einer Höhe von 5 m ab. Während ersterer mit einigen Wunden davongelkommen ist, erlitt letzterer außer einem Armbruch noch andre, nicht festgestellte Verletzungen. Der Unfall ist durch Bruch eines Gerüsts, auf dem bisher vier Maurer gestanden hatten, geschehen. Die Verunglückten wollten von der Vorder- nach der Hinterfront gehen und waren bereits mehrmals über die Kluft gegangen. Das Unglück wäre jedenfalls nicht geschehen, wenn das Gerüst vorschriftsmäßig gewesen wäre. Nachdem das Unglück geschehen war, wurde auch wieder einigermaßen an Schutzrüttung gedacht, während es in letzter Zeit hiermit sehr schlecht bestellt war. Auch von Umkleidung der Baustelle sieht man selten etwas. Wann werden die Kollegen endlich aus dem Schlafe aufgerüttelt?

*** Submissionen.** Bei der Vergebung von vier Bauteilen wohnhäusern in Bismarckstraße in Mainz wurden folgende Angebote eingereicht: Gebrauder Mertens (Mainz) M. 42 955,54, Karl Feldmann (Grunhald) M. 41 195, Altheimer Witwe (Wilsdorfheim) M. 38 636,02, Langendorf (Gräfenhausen) M. 38 180,64, Georg Meißel IX (Groß-Zimmer) M. 37 912, Kunkel & Wank (Dieburg) M. 35 981,79, Valtin Hofmann (Griesheim b. D.) M. 35 371,82, Helfrich & Klein (Dieburg) M. 33 842, Engel (Worleben) M. 33 151,52, Lorenz & Kraft (Mainz) M. 33 102,48, Kempf & Biedelnd (Groß-Zimmer) M. 32 172,62, Adam Bender Braunsbardi M. 31 614,16, Valtin Zug (Kosheim b. Mainz) M. 21 118,80. Die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Angebot beträgt M. 21 836,74, gleich 51 pSt. Die Firma Zug (Kosheim) hat bei ihrer Kalkulation wahrscheinlich gerechnet, die M. 21 836,74 aus der Arbeitskraft der Arbeiter herauszuschlagen; trotzdem erklären die Unternehmer, die Leistungen der Maurer seien gegen früher zurückgegangen, ohne dabei zu bedenken, wie sie durch derartige Submissionen für das Gegenteil den Beweis erbringen. Das sind die Reiter des Sandwerf!

Soziales.

*** Fünfter Kongreß der Krankenkassen Deutschlands.** An die Vorstände der Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reich richtet sich folgender Aufruf:

Auf Beschluß des letzten Krankenkassen-Kongresses berufen die Unterzeichneten hiermit den 5. Allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands am 17., 18. und 19. Mai 1909, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, Groppeplatz 1, Tagungslokal, ein. Tagesordnung: Die Vorlage zur Reichsversicherungsordnung. (Die Referenten werden später noch bekannt gegeben.) Zu diesem Kongreß werden alle Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Innungs-, Knappschafts- und freien Hilfskassen Deutschlands hierdurch eingeladen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Krankenkassenpräsidenten die Notwendigkeit des Kongresses einsehen werden, da es gilt, der Regierung unsere Wünsche hierzu gemeinsam zu erkennen zu geben. Wir ersuchen daher alle Vorstände genannter Krankenkassen, unversäglich Stellung zu nehmen. Delegierte zu wählen und den Kongreß zu bezeichnen. Wo mehrere Kassen an einem Orte sind, können diese auch gemeinsam zu der Bezeichnung des Kongresses Stellung nehmen. Die Kosten für die Bezeichnung trägt jede Kasse resp. Kassenvereinigung selbst. Der Kongreßbeitrag beträgt für jeden Teilnehmer M. 5. Dieser Betrag ist vorher mit der Anmeldung zum Kongreß nur an die unterzeichnete Zentrale, Berlin, Engel-Platz 15, an E. Simonowski, einzusenden, wonach jeder Gemeinderat die Kongreßmitgliedskarte zugesandt erhält. Es ist daher notwendig, daß jeder Delegierte seine genaue Adresse anzeigt, damit ihm die Karte auch zugesandt werden kann. Anträge für den Kongreß, welche die Tagesordnung betreffen, sowie sonstige geeignete Material sind spätestens bis zum 10. Mai d. J. an die unterzeichnete Zentrale einzusenden. Jeder Delegierte muß als Beweis eine Mitgliedskarte oder ein von seinem Krankenkassen-Vorstand oder von seiner Kassen-Vereinigung ausgestelltes Mandat haben, in welchem die nachstehend aufgeführten Angaben gemacht sind. Auf der Anmeldung resp. dem Mandat ist die zu vertretende Krankenkasse sowie der Mitgliedschaftsstand vom 1. April 1909 genau anzugeben. Ebenso ist anzugeben, ob der Vertreter Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder Kassenbeamter ist. Die Bezeichnung „Vorstandsmitglied“ oder „Vorstandsmitglied“ genügt nicht. Das Kongreßbureau wird am Sonntag, 16. Mai, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, in den Festhallen im Grand-Hotel am Alexanderplatz (Eingang vom Alexanderplatz) geöffnet sein. Es können dort unter Vorlegung der Mitgliedskarte die Kongreßabzeichen und event. Drucklagen in Empfang genommen werden.

Die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen. E. Simonowski.

Der Zentralverband der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich. F. Präbner-Dresden.

Der Verband der freien Hilfs-Krankenkassen. G. Blume, Hamburg.

Wir wünschen dieser Rundgebung der Vereinten einen würdigen Verlauf. Möge sie der Meinung der Arbeiterschaft zu dem Regierungsentwurf kräftig und wirkungsvoll Ausdruck geben!

Eingegangene Schriften.

Die überflüssige Polizei. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, ein lustiger Schwank in Reimen von Ludwig Bessen. Mit gutem Humor schildert der Verfasser, wie die Polizei durch besonders schneidiges Vorgehen und „herbortragende Intelligenz“ eines Beamten die sozialdemokratischen Flugblätter durch ihre Organe verteilen läßt, in der Meinung, „patriotische“ Flugblätter zu verbreiten. Preis für fünf Vollstreckungspläne M. 2,50. Zu beziehen durch alle Spektreure und Kolporteure.

Die Natur und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ein Vortrag gehalten von Berliner Arbeitern von Eduard Bernstein. Unter diesem Titel erschien ferner eine Broschüre im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 50 Pf., Abgabensatzgabe 20 Pf. Durch alle Spektreure und Kolporteure zu beziehen.

In Freien Stunden. Die Hefte 14 und 15 sind erschienen. Preis pro Heft 10 Pf. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Briefkasten.

Verdrud. Versammlungsanzeige kam um einen halben Tag und die Eierbeuge um fünf Tage zu spät.

A. B. in G. Wenn wir keinen Bericht von der sächsischen Bauarbeiterkonferenz erhalten, können wir doch auch keinen abdrucken, das ist doch sehr einfach. Die von Dir erwähnte Notiz der Tagespresse war uns zu inhaltlos.

Rehm. Lieber die Versammlung am 12. April erhalten wir am 27. April, 15 Tage später, einen Bericht! Da machen wir nicht mit.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zastellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Hefte kostet 15 Pf.)

Berlin. Am 14. April starb unser Mitglied **August Birk** im Alter von 54 Jahren an der Schwindbrunn. — Am 20. April starb unser Mitglied **Hermann Ziegner** im Alter von 41 Jahren an Lungenerkrankung.

(Sektion der Püger.) Am 20. April starb unser Mitglied **Gustav Seeger** im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 21. April starb das Mitglied **Gustav Schröder** im Alter von 38 Jahren an Lungenerkrankung.

(Sektion der Gips- und Zementbranche.) Am 22. April starb unser langjähriger Kollege, der Zementierer **Paul Klose** im Alter von 43 Jahren. — Am 21. April starb nach langer, schwerer Krankheit unser treuer Kollege **Wilhelm Giese** im blühenden Alter von 26 Jahren an der Proktierkrankheit.

Döbeln. Am 15. April starb unser Verbandskollege **Wilhelm Albrecht** im 68. Lebensjahre an Grippe.

Dresden. Am 9. April starb unser Kollege **Emil Max Anders** aus Bühlau im Alter von 33 Jahren. — Am 14. April starb unser Kollege **Wilhelm Steglich** aus Weßdorf im Alter von 29 Jahren an Lungenschwundbrunn.

Gumbinnen. Am 21. April starb unser Verbandskollege **Heinrich Richter** im Alter von 48 Jahren an Schlaganfall.

Karlshöhe. Am 18. April starb unser treuer Verbandskollege **Karl Krokoll** im Alter von 41 Jahren an Darmleiden. — Am 25. April starb unser Verbandskollege **Friedrich Renkel** in Kottbus im Alter von 38 Jahren an den Folgen eines Unfalles.

Meußelwitz. Am 24. April starb unser Verbandskollege **Paul Schmidt** aus Lufka im Alter von 27 Jahren an Zuckerkrankheit.

Minden i. B. Am 22. April starb unser Kollege **Heinr. Steinhauer sen.** aus Warfhausen im Alter von 68 Jahren an Magenkrebs.

München. Am 19. März starb unser Kollege **Andreas Willfahrt** im Alter von 29 Jahren an Gehirnarterienverkalkung durch Abstrich am Bein.

Peiserwitz. Am 20. April starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Gottfr. Klipsch** im Alter von 57 Jahren an Magenleiden.

Weißensfeld a. d. E. Am 22. April starb nach kurzem aber schwerem Krankenlager unser Verbandskollege **Willy Schulze** aus Wendig im Alter von 26 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

[M. 1,50]

Holandsbrüder.

Unser Verbandskollege in Velbert **B. Elbersfeld** befindet sich im Gewerkschaftshaus, Poststr. 53, 6. Ottung. Die fremden Holandsbrüder zu Velbert.

Albert Karst, Briefsenleger, Verh.-Nr. 49304, zuletzt in München, wird von Frau und Kindern um Angabe seiner Adresse gebeten. Kollegen, die den Aufenthaltsort des Kollegen Karst wissen, werden um Nachricht gebeten. [M. 1,50] **Jos. Lübbing,** Wiesbaden, Weltstr. 41.

Liegnitz.

Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr:
Frühjahrsvergnügen
im Gewerkschaftshaus,
bestehend in Preischießen, Verlosung und Ball.
Eintritt einschließlich Ganz 60 Pf.
Alle Kollegen sind freundlichst eingeladen.
[M. 3,60] Das Komitee.

Abreisen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorkasse, K Kasse, L Verbandskasse, H Heber, Kz Kassenunterstützung wird ausgesetzt bei.)

Golmünden. L August Günther, Wilhelmshagen.
Nordenham. V Karl Ahrendt, Nordenham, Fußstr. 22.
Reutlingen. K Christian Grz, Maurer, Söndelungen.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 2. Mai.

Gau Berlin. Im Gau finden folgende Versammlungen mit der Tagesordnung: Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe und welche Aufgaben haben wir zu erfüllen? 11. Mitt.

Feldberg. nachm. 3 Uhr.
Friedberg. nachm. 2 Uhr.
Gießen. nachm. 3 Uhr, im Lokale der Herren, Pieper & Scheu.
Hemmer. nachm. 3 Uhr, im „Siegesstr.“
Siegburg. nachm. 3 Uhr, im „Siegesstr.“
Walden. nachm. 3 Uhr, im Lokale der Herren.

Arnsdorf. nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Granssee. nachm. 3 Uhr im „Gründlichen Hof“. Z.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal und Verzeichnisse.
Langelsheim. nachm. 3 Uhr. Z.-D.: Wahlen zum Gewerkschaftsrat. Mitteilung über die Innungsreform in Siegen. Abrechnung vom ersten Quartal.

Pasewalk. nachm. 3 Uhr im Vereinslokal, Markt 18.
Salzwedel. nachm. 4 Uhr im Lokale des Herrn Köhler. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Dienstag, den 4. Mai.

Eisleben. Abends 6 Uhr wichtige Versammlung. Referent: G. Graf.

Heide. Bei Witz, Off.

Liegnitz. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Sehr wichtige Tagesordnung.

Torgau. Abends 6 1/2 Uhr im „Kleinen Hof“.

Mittwoch, den 5. Mai.

Guben. Abends 7 Uhr bei Steins.

Rastenburg. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: Quartalsabrechnung und Verzeichnisse. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Wittenberg. Abends 6 1/2 Uhr bei Otto.

Donnerstag, den 6. Mai.

Glogau. Abends 6 1/2 Uhr im „Masteller“.

Grünberg i. Schl. Abends 6 1/2 Uhr im „Rams Hof“.

Königsbrunn. Abends 8 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Lissa i. P. Abends 8 Uhr bei Witzsch, Romanstr. 22. Mitgliedsbücher mitbringen, Tagesordnung wichtig, Referent anwesend.

Spandau. Abends 8 1/2 Uhr bei Böde, Havelstr. 20.

Sonntag, den 9. Mai.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Dinckelsdorf. nachm. 3 Uhr bei Dahme.

Zerbst. nachm. 3 1/2 Uhr.

Sticker und Steinholzleger.

Mittwoch, den 5. Mai.

Berlin. Steinholzleger. Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung bei Freytag, Dragonerstr. 16. Z.-D.: Kassenbericht. Bericht der Revisionskommission. Verbandsangelegenheiten.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 2. Mai:

Brieg. Vorm. 9 Uhr bei Hoffmann. Z.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal. Verzeichnisse.

Zahlkowitz. nachm. 3 Uhr bei Schuber. Z.-D.: Neuwahl eines Kassierers. Krankenbericht sind mitzubringen.

Donnerstag, den 6. Mai.

Berlin. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: Kassenbericht vom ersten Quartal. Verzeichnisse. Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonnabend, den 8. Mai.

München. Abends 8 Uhr im Restaurant „Zum ersten Haus“. Kassenbericht, Z.-D.: Kassenbericht vom ersten Quartal. Bericht über die Wahl der Stillschicker.

Sonntag, den 9. Mai.

Schwerin i. M. Vorm. 9 Uhr im Großen Moor 61. Z.-D.: Abrechnung vom ersten Quartal und Sachtag.